



Nachhaltige Entwicklung in Kommunen



AGENDA 21

Soziales

Haßfurt
Neunkirchen
Pettendorf

Siedlung und Fläche

Abensberg
Pfaffenhofen
Weyarn

Ressourcen

Schleching
Kirchdorf
Oettingen

Verkehr

Barbing
Gunzenhausen
Rottendorf

Wirtschaft

Dietfurt
Hemau
Herrsching

Klimaschutz

Furth
Schwarzenbruck
Unterhaching

Management

Neumarkt
Roßhaupten
Roßtal

**21 gute Beispiele
aus einem
Modellvorhaben**

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Den Wandel gestalten, der Mensch im Mittelpunkt“ – speziell in unseren Kommunen lässt sich Nachhaltige Entwicklung auf diesen knappen Nenner bringen. Dazu stellt die Broschüre besonders gelungene Beispiele vor, wie Städte und Gemeinden im ganzen Land die Weichen für ihre Zukunft stellen, indem sie die Bürger in die Bewältigung von Herausforderungen aktiv einbinden. Anhand von sieben Themenfeldern wird hier ein Wandel hin zur Nachhaltigen Bürgerkommune deutlich.

Die präsentierten Agenda-Kommunen waren alle Teilnehmer des Modellvorhabens „21 Kommunen – Gute Beispiele für eine nachhaltige Kommunalentwicklung“. Dabei kamen Experten aus der Praxis zu Wort, die ihre Arbeit und ihre Spielräume vorgestellt und die Erfolgsprämisse der Nachhaltigen Entwicklung diskutiert haben. Unsere Dokumentation wird somit zum praktischen Streifzug durch die kommunale Agenda 21-„Landschaft“ in Bayern.

Sehr herzlichen Dank zunächst allen Akteuren der beteiligten 21 Städte und Gemeinden! Sie haben viel Zeit investiert und äußerst wertvolle Erfahrungen und Ideen eingebracht. Unser Dank gilt auch der erfolgreichen Durchführung des Projekts durch Prof. Holger Magel und seinen Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung an der TU München.

Unser Fazit: Zur Nachhaltigen Entwicklung haben Kommunen eine Fülle von Ansatzpunkten, und sie können dabei Außerordentliches leisten. Sie realisieren ihre Handlungsspielräume aber erst dann optimal, wenn ihnen „Gutes Regieren“ dabei hilft – „Good Governance“: Verantwortung teilen und die Bürger motivieren zum Mitmachen! – Diese Kooperation auf Augenhöhe zwischen der Politik und den Bürgern ist der Kern der Kommunalen Agenda 21 und ihr Königsweg zum Erfolg! Der hier dokumentierte Schatz an Beispielen und Erfahrungen kann Ihnen dabei sehr viel Mut machen und wird Sie anspornen.



Dr. Otmar Bernhard
Bayerischer Staatsminister für
Umwelt, Gesundheit
und Verbraucherschutz



Dr. Marcel Huber
Staatssekretär im Bayerischen
Staatsministerium für
Umwelt, Gesundheit
und Verbraucherschutz

Inhalt

Das Modellvorhaben „21 Kommunen – Gute Beispiele für eine nachhaltige Kommunalentwicklung“	6
Soziales – was aktive Kommunen tun können	8
Haßfurt: Soziale Verantwortung hat viele Gesichter	10
Neunkirchen am Brand: Ein Park für alle	12
Pettendorf: Agenda 21 – Plattform für eine lebendige Gemeinde	14
Siedlung und Fläche – was aktive Kommunen tun können	16
Abensberg: Erfolgreich durch ganzheitliche Flächenentwicklung	18
Pfaffenhofen an der Ilm: Flächenressourcen-Management und Aufwertung der Innenstadt	20
Weyarn: Gemeindeentwicklung – „ ... nicht ohne meine Bürger“	22
Ressourcen – was aktive Kommunen tun können	24
Schleching: Das Ökomodell als Motor für eine naturnahe Gemeindeentwicklung	26
Kirchdorf im Wald: Die Wurzeln achten – Ein Waldlerhaus erstrahlt in neuem Glanz	28
Oettingen in Bayern: Gesunde Stadt – Kampagne für Gesundheitsbewusstsein und Wohlbefinden	30
Verkehr – was aktive Kommunen tun können	32
Barbing: Die Bürger führen Regie beim Straßenumbau	34
Gunzenhausen am Altmühlsee: Mobil und klimafreundlich	36
Rottendorf: Die Mitverantwortung der Bürger wird zum Leitprinzip	38
Wirtschaft – was aktive Kommunen tun können	40
Dietfurt an der Altmühl: Die Potenziale der Region gemeinsam nutzen	42
Hemau: Harte und weiche Standortfaktoren pflegen	44
Herrsching am Ammersee: Leben in der Einen Welt – die globale Perspektive	46
Klimaschutz – was aktive Kommunen tun können	48
Furth bei Landshut: „Geld vom Dach“ – die Pioniere unter der Sonne	50
Schwarzenbruck: Kommunales Energiemanagement und Bürgersolaranlage	52
Unterhaching: Geothermie – Nachhaltigkeit durch Innovation	54
Management – was aktive Kommunen tun können	56
Neumarkt in der Oberpfalz: Das Bürgerhaus – Plattform für die Umsetzung des Leitbilds	58
Roßhaupten: Lösungen über Programm- und Gemeindegrenzen hinweg	60
Roßtal: Aktive Bürgergesellschaft – was können wir selber tun?	62
Die Kommunale Agenda 21 ist eine Bildungsaufgabe	64
Dank an die Teilnehmer des Modellvorhabens	66

Wie setzen Kommunen die Agenda 21 um? Die Evaluierung der kommunalen Agenda 21-Prozesse in Bayern hatte ergeben, dass bei der Umsetzung die Breite an Handlungsmöglichkeiten aus der Agenda 21 nicht immer bewusst war. Daher ließ das Bayerische Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz in einem zweijährigen Modellvorhaben dazu eine Reihe von Fragen bearbeiten: Welche Handlungsmöglichkeiten ergreifen Städte und Gemeinden für eine nachhaltige Kommunalentwicklung? Woran liegt es, ob Leitfäden umgesetzt oder Modelle übertragen werden? Wie nutzen Kommunen ihre Spielräume für eine lokale Nachhaltigkeitspolitik?

Das Modellvorhaben „21 Kommunen – Gute Beispiele für eine nachhaltige Kommunalentwicklung“

Das Besondere an dem Projekt war, dass die Praktiker selbst die Antworten gaben, indem sie ihre guten und auch problematischen Erfahrungen eingebracht haben. Vorbereitet, moderiert und ausgewertet wurde dieser Prozess von Prof. Holger Magel und Silke Franke von der TU München. Sie haben aus einer weit größeren Anzahl von in Frage kommenden Kommunen 21 „Leuchttürme“ für eine Teilnahme ausgewählt. Zu sieben Handlungsfeldern wurden Qualitätszirkel eingerichtet und mit Blick auf die Handlungsspielräume diskutiert.

Teilnehmer am Modellvorhaben

Handlungsfelder	Teilnehmer
Soziales	Haßfurt Neunkirchen a. Brand Pettendorf
Siedlung und Fläche	Abensberg Pfaffenhofen a. d. Ilm Weyarn
Ressourcen	Kirchdorf i. Wald Schlechting Oettingen i. Bayern
Verkehr und Mobilität	Barbing Gunzenhausen a. Altmühlsee Rottendorf
Wirtschaft	Dietfurt a. d. Altmühl Hemau Herrsching a. Ammersee
Klimaschutz	Furth b. Landshut Schwarzenbruck Unterhaching
Nachhaltigkeits-Management	Neumarkt i. d. Oberpfalz Roßhaupten Roßtal

Aufbau der Broschüre

Die Broschüre ist nach sieben ausgewählten Handlungsfeldern einer nachhaltigen Kommunalentwicklung aufgebaut. Den Einstieg in jedes Handlungsfeld bildet eine Zusammenfassung der Diskussionsergebnisse: Dazu werden jeweils zehn Handlungsmöglichkeiten benannt sowie Chancen und Hemmnisse, welche aus Sicht der Teilnehmer den Erfolg beeinflussen. Bei dieser Darstellung handelt es sich weder um eine vollständige noch um eine abschließende Aufzählung. Sie gibt vielmehr zentrale Überlegungen aus den Qualitätszirkeln wider. Anschließend an die Diskussionsergebnisse werden die Kommunen selbst vorgestellt. Es sind Städte und Gemeinden mit Agenda 21-Prozessen, die zum Teil mit anderen aktivierenden Kampagnen wie „Lebensqualität durch Nähe“ oder Programmen wie die Dorferneuerung oder Städtebauförderung kombiniert wurden. Die vollständige Studie zum Modellvorhaben kann im Internet unter der Adresse www.stmugv.bayern.de/umwelt/index.htm in der Rubrik Agenda 21 abgerufen werden.

Arbeit der Kommunen in den Qualitätszirkeln

In den Jahren 2005 und 2006 haben sich die Kommunen insgesamt vier Mal zu Workshops getroffen. Teilgenommen haben bis zu fünf Vertreter aus einem Ort. In der Regel war der Bürgermeister dabei, zusätzlich Mitarbeiter aus der Verwaltung, Man-



Silke Franke vom Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung an der TU München hat die Workshops geleitet.



Das Treffen im vorbildlich sanierten Alten Rathaus der Stadt Haßfurt wurde mit einer Besichtigung von Agenda 21-Projekten verbunden.



Die Schlechinger haben ihre Workshop-Gäste auf der Streichenalm empfangen. Zur abschließenden Exkursion ging es wieder ins Tal.



Auf Einladung der Stadt Dietfurt fand einer der Workshops auf einem Passagierschiff mit Fahrt auf der Altmühl statt.

datsträger sowie Agenda 21- oder Arbeitskreis-Sprecher. In der Summe fanden 18 moderierte Workshops statt.

Zunächst gab es für jedes Handlungsfeld zwei thematische Qualitätszirkelsitzungen, die mit Teilnehmern aus drei Kommunen besetzt waren. Bei einem anschließenden gemeinsamen Workshop in München wurden die gewonnenen Erkenntnisse und Bewertungen weiter vertieft. In einer themenübergreifenden vierten Runde ging es schließlich um die Perspektiven einer nachhaltigen Kommunalentwicklung und um die Bedeutung von Qualifizierung und Vernetzung. Die Teilnehmer an der vierten Runde sind auf den Gruppenfotos zu sehen.

Die sozialen Aspekte der Nachhaltigkeit beziehen sich sehr umfassend auf das Zusammenleben der Menschen sowie die Entwicklung und das Wohlbefinden des Einzelnen. Die besondere Qualität sozialer Nachhaltigkeit wird erörtert unter Begriffen wie Gerechtigkeit, Solidarität, Generationenausgleich, Freiheit, Bildung oder Zufriedenheit. Das soziale Leben ruht neben Familie, Beruf, Freundschaften, Vereinen und Kirchen auf vielen staatlichen Institutionen. Diese Einrichtungen unterliegen aber zusehends Belastungen und Veränderungen, wie zum Beispiel dem Demografischen Wandel: Alterung sowie Zu- und Abwanderung beeinflussen das Zusammenleben und fordern die kommunale Infrastruktur heraus; Eigenverantwortung und Bürgerengagement erlangen eine größere Bedeutung.

Soziales – was aktive Kommunen tun können

10 Handlungsansätze aus der Praxis

- **Bürgerhäuser und Freiwilligenagenturen.** Immer mehr Kommunen schaffen Vermittlungs- und Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement und beraten, stellen Veranstaltungsprogramme zusammen oder Räume zur Verfügung. Auf diese Weise können sich Eigeninitiative und Selbsthilfepotenziale mit Unterstützung der Verwaltung stärker entfalten.
- Nach wie vor prägt das traditionelle Ehrenamt in Vereinen das soziale Leben. Zugleich besteht die **Bereitschaft zum Engagement** aber auch in neuen Ehrenamtsformen, die oft ungebundener, zeitlich befristet und projektbezogener sind. Diesen Trend gilt es zu nutzen, ohne dabei die eine Form gegen die andere auszuspielen.
- Der **Demografische Wandel** hat massiven Einfluss auf den Bedarf an kommunaler Infrastruktur. Seine Folgen dürfen die Kommunen jedoch nicht in ihrer Handlungsfähigkeit lähmen. Vielmehr gilt es Gestaltungsspielräume zu nutzen und Strategien zu entwickeln, dabei die Menschen einzubinden und an Lösungen zu beteiligen.
- Die **Integration** von Migranten ist nicht nur eine Aufgabe in größeren Städten. Ein Schlüssel dazu ist Bildung; vielerorts werden Sprachkurse, Hausaufgabenhilfe oder Unterstützung für Schülereltern organisiert. Kulturveranstaltungen sind ein Weg, um ein gemeinsames Verständnis voneinander zu entwickeln.
- Die **Kinder- und Jugendarbeit** bzw. -hilfe bietet zahlreiche Ansatzpunkte für ehrenamtliches Engagement. Aktivitäten entfalten sich z. B. für Freizeitangebote, in der Mitarbeit in Kindertageseinrichtungen, von Paten für Schule und Berufseinstieg oder mit persönlichkeitsbildenden Maßnahmen.
- **Senioren** tragen verstärkt zum bürgerschaftlichen Engagement bei, indem sie Erfahrung, Können und Zeit einbringen. Umgekehrt setzen Altenhilfekonzepte verstärkt auf die Verbindung von hauptamtlicher und ehrenamtlicher Arbeit, etwa in Nachbarschaftszentren oder für selbstbestimmtes Wohnen im Alter.
- **Familien und Generationendialog.** Neue Engagementformen entwickeln sich häufig aus Initiativen zur Unterstützung von Familien bei der Betreuung von Kindern und Alten. Mehrgenerationenhäuser bringen hier Angebot und Nachfrage für Jung und Alt zusammen und ersetzen so verlorene Funktionen der Großfamilie.
- **Bildung** ist ein Querschnittsthema sozialer Nachhaltigkeit: Viele Projekte und Initiativen bilden oder erzielen mittelbare Lerneffekte. Ergänzend zu den Bildungsinstitutionen geht es um Tüchtigkeit für Schule und Beruf, um die Entfaltung von Persönlichkeit und Talenten oder um „Gestaltungskompetenz“ durch eigene Aktivität und konkretes Tun.
- **Gesundheit und Ernährung** bieten ebenfalls Anknüpfungspunkte für die Kommune, bei der Daseinsvorsorge oder unterstützend und vernetzend für Projekte und Initiativen. Themen sind z. B. Spiel- und Bewegungsförderung, Konsumgewohnheiten, Prävention oder die Verpflegung in den eigenen Einrichtungen.
- **Gesellschaftliche Teilhabe** bedeutet, dass Menschen trotz Behinderung oder Armut, Krankheit, Bildungsschwäche oder Erwerbslosigkeit eine Rolle in der Gesellschaft finden, durch die sie Wertschätzung erfahren und Sinn empfinden. Materielle Armut und Armut an Beziehungen können durch verschiedene Angebote durchbrochen oder gelindert werden.

Hemmnisse

Verlust von Solidarität

Vielen Bekenntnissen zu Solidarität und Engagement steht die gegenläufige Bewegung einer fortschreitenden Individualisierung und eines zumindest gefühlten Verlusts an Solidarität gegenüber. Zudem binden die Anforderungen aus Beruf und Familie die Kräfte vieler Menschen, und Ehrenämter werden immer weniger auch als „Ehre“ empfunden.

Strukturelle und übergeordnete Einflüsse

Viele Entwicklungen kann die Kommune als gegebene Rahmenbedingung nicht ändern. Bisweilen stehen außerdem Vorschriften und gesetzliche Bestimmungen einem individuellen und pragmatischen Vorgehen im Weg. Dies kann Zuständigkeiten und Qualifikationen ebenso betreffen wie Haftungsfragen oder fördertechnische Details.

Überdehnung des Ehrenamts

Auch die Ressource „Ehrenamt und Freiwilligkeit“ ist endlich, vor allem wenn sie überbeansprucht, falsch eingesetzt oder gering geachtet wird. Sie ist zudem kein Allheilmittel, um strukturelle Defizite auszugleichen. Fehlen Unterstützung und Qualifizierung, bleibt viel Potenzial ungenutzt.

Chancen

Handlungsdruck

Handlungsdruck aus allen Richtungen hat zwei Seiten: Er erzeugt Verunsicherung, aber dadurch auch die Voraussetzung dafür, eingefahrene Wege zu verlassen und die Herausforderungen des Wandels aktiv anzugehen. Wo Kommunen eine stärker strategische und kooperative Vorgehensweise abverlangt wird, zahlt sich das für den langfristigen Erfolg aus.

Engagementbereitschaft

Befragungen ergeben regelmäßig eine grundsätzlich hohe Bereitschaft der Menschen zum Engagement. Dieses zu gewinnen ist zwar nicht selbstverständlich, da die meisten über ihren Beitrag selbst bestimmen wollen. In der Praxis gibt es jedoch unzählige Initiativen, bei denen die Ansprache von Mitstreitern erfolgreich gelingt, wenn der wechselseitige Nutzen gegeben ist.

Viele erfolgreiche Beispiele

Entsprechend gibt es auch viele Beispiele in ganz Deutschland dafür, wie Kommunen erfolgreich soziales Engagement aktivieren oder unterstützen können. Das Rad muss dazu nicht neu erfunden werden. Wohl aber ist ein stimmiger lokaler Ansatz nötig, um erfolgreiche Vorbilder zu übersetzen und passende Teams zu bilden.



Pettendorf



Neunkirchen a. Brand



Haßfurt

Großes Engagement zeigen die Betreiberinnen des Sozialladens in Haßfurt



Soziale Verantwortung hat viele Gesichter



Stadt Haßfurt

Zwischen den Naturparks Haßberge und Steigerwald liegt am Ufer des Mains die Kreisstadt Haßfurt. Ihre 14.000 Einwohner profitieren von der Lage in einem entwicklungsstarken Raum, insbesondere von der Nähe zu Schweinfurt und Bamberg.

Herausforderung

Haßfurt wollte sich aktiv mit seiner künftigen Entwicklung auseinandersetzen. Zu diesem Zweck hat der Stadtrat im Oktober 1999 die Erarbeitung einer Agenda 21 beschlossen. Die Verwaltung erhielt den Auftrag, eine umfassende Bestandsaufnahme durchzuführen. Für die Inhalte orientierte man sich dazu an den 19 Handlungsfeldern, die der Deutsche Städtetag für diesen Zweck entwickelt hatte.

Die Analyse war ein entscheidender, wenngleich nur erster Schritt. In der Folge war es nötig, die Agenda arbeitsfähig zu machen und sich gemeinsame Ziele zu setzen. Daher gab man sich eine transparente und flexible Arbeitsstruktur, dank der die

Bürgerschaft und Verwaltung eng zusammenarbeiten. Es wurden drei thematische Aktionskreise für die Bereiche „Arbeit & Wirtschaft“, „Umwelt & Wohnen“ sowie für „Soziales, Kultur & Freizeit“ gegründet. Ein übergreifendes Agenda-Forum stellt die Kooperation mit dem Stadtrat sicher. Zur Umsetzung bilden sich innerhalb der Aktionskreise einzelne Projektgruppen, die konkrete Aufgaben übernehmen. Paten aus der Verwaltung unterstützen die Aktiven und sorgen so für die Anbindung an die Stadt. Über 100 aktive Bürger bilden mittlerweile die Stammgemeinschaft der örtlichen Agenda. Bei aller Vielfalt der Projekte liegt heute der Schwerpunkt bei sozialen Aufgaben.



Sozialladen

Aus der Agenda heraus entstand der Verein „Einkaufskorb“. Seine Mitglieder betreiben in einer Seitengasse der Altstadt einen Sozialladen. Die Vorsitzende ist zugleich Sprecherin des Aktionskreises „Soziales, Kultur & Freizeit“. Im Sozialladen, der ausschließlich ehrenamtlich geführt wird,

Das historische Rathaus ist mit seinem „BürgerBüro“ eine wichtige Anlaufstelle



versorgen sich wöchentlich mittlerweile mehr als 130 Familien mit dem Nötigsten für den Lebensunterhalt. Nach dem Prinzip der Tafel sammelt der Verein dazu Warenspenden ein.

Begegnungswochen

Die Projektgruppen „Migranten“ und „Senioren und Behinderte“ haben im Sommer 2002 erstmals Begegnungswochen organisiert. Jung und Alt, Einheimische und Zugewanderte und vor allem Spätaussiedler aus Russland sollten miteinander ins Gespräch kommen. Dazu wurden eine Ausstellung, eine Podiumsdiskussion und als Höhepunkt ein Fest organisiert. Das Motto „Miteinander feiern - besser verstehen“ hat sich sehr bewährt, und mittlerweile ist das Begegnungsfest im Zweijahresrhythmus Bestandteil im Veranstaltungskalender der Stadt geworden.



Links: das Begegnungsfest
Unten: die Ausbildungsbörse

Ausbildungsbörse

Die Mitglieder der Projektgruppe „Schule und Wirtschaft“ haben erstmals im Jahr 2001 eine Ausbildungsbörse organisiert. Mitarbeiter vom Arbeitsamt, den Schulen und aus Firmen haben Schulabgänger und Unternehmen der Region zusammen gebracht. An Infoständen sind die Ausbildungsbetriebe auf ihre potenziellen Azubis zugegangen; diese wiederum konnten sich über die Anforderungen der Arbeitswelt kundig machen.



Erfolge

Das Engagement in Haßfurt hat sich in vielerlei Hinsicht bewährt und etabliert. Eine Reihe von Projekten hat deshalb auch Unterstützung durch Sponsoren gefunden. Ein zweiter Sozilladen wurde im Landkreis eröffnet, und auch die Ausbildungsbörse hat der Landkreis unter seine Fittiche genommen. An den Begegnungsfesten beteiligen sich neben den Spätaussiedlern nun auch andere Migranten. Ein weiteres Beispiel sind Nachbarschaftspaten für Spielplätze, wodurch zum Beispiel Vandalismus vermieden werden konnte.



Auf Initiative der Agenda 21 wurden Spielplätze neu gestaltet

Meine Meinung ...

„Jugendliche erhalten hier eine Chance! Durch die persönlichen Gespräche mit Meistern, Geschäftsführern und Ausbildungsleitern bekommen sie doch noch einen Fuß in die Türe und vielleicht sogar eine Lehrstelle.“

Lu Matakoto, Sprecherin der Projektgruppe „Schule und Wirtschaft“

Kontakt:

Stadt Haßfurt
1. Bürgermeister Rudi Eck
Hauptstraße 5
97437 Haßfurt
Telefon 09521 688-110
www.hassfurt.de





*Durch Kinderhände
entstandene Figuren
im Brandbachgarten*



Ein Park für alle



Markt Neunkirchen
am Brand

Am Ostrand des Großraums Erlangen-Nürnberg, aber bereits in Oberfranken, liegt der Markt Neunkirchen a. Brand. Die knapp 8.000 Einwohner sind stolz auf das rege Gemeindeleben und pflegen Kultur und Brauchtum.

Herausforderung

Um die Lebensqualität auf Dauer zu halten, hat der Marktgemeinderat im Jahr 1998 eine Kommunale Agenda 21 beschlossen. Dem Dreiklang Nachhaltiger Entwicklung folgend, sollten die Erwerbschancen, eine intakte Umwelt und ein lebendiges Gemeinwesen gesichert werden. Dazu setzt die Gemeinde gezielt auf Bürgerorientierung und Mitarbeit des Einzelnen.

Zur besseren Koordination der Aktivitäten wurden vom damaligen Bürgermeister zwei Marktgemeinderäte zu Agenda-Beauftragten ernannt, nämlich für die Bereiche „Soziales“ sowie „Ökologie – Ökonomie“. Die Bürger selbst verteilen sich auf sechs thematische Arbeitskreise, in denen sie an der Gemeindeentwicklung mitarbeiten und Projekte anpacken.

Der Brandbachgarten

Ziemlich schnell kam der Wunsch auf nach einem Ort, wo sich die Menschen aus der Gemeinde treffen und wohl fühlen konnten. Mit einem Park mitten im Ort sollte etwas Besonderes entstehen. Dazu bot der Markt an, eine bislang wenig genutzte und unscheinbare Grünfläche im Zentrum entsprechend umzugestalten. Verschiedene Bevölkerungsgruppen – zum Beispiel Kinder, Schüler, Senioren, Eltern – wurden befragt nach ihren Vorstellungen und Wünschen. Ein Architekt aus dem Ort hat die verschiedenen Ideen in einen Entwurf umgesetzt. So entstand ein nicht alltäglicher Spielplatz mit Seilzirkus, Schiffsbug und Wellenkarusell, kunstvoll ausgestattet mit behauenen Sandsteinen und farbigen Figuren. Für Erwachsene wurden



Sitzgelegenheiten mit kleinen Tischen aufgestellt, und eine Bocciabahn wurde angelegt. Nach wie vor wird der Brandbachgarten in Etappen weiter gebaut. So ist der kleine Park nicht nur bedeutend für Spiel



und Erholung, sondern auch für die gemeinsame Identität der Neunkirchner: Bürger, Politik und Verwaltung, Geschäftswelt und verschiedene Gruppen haben hier mit vereinten Kräften ein Ziel erreicht.



Erfolge

Mit einer Vielzahl weiterer Projekte setzt der Markt Neunkirchen seine Agenda für Gemeinsinn und Lebensqualität um. Die Maßnahmen sind das Ergebnis harter Arbeit und stellen sich nicht von selbst ein. Um erfolgreich zu sein, gilt es, die Kooperation zu pflegen, Konkurrenzängste zu überwinden und das ehrenamtlich Geleistete zu würdigen.



Die Bürger feiern das Brandbach Gartenfest im „Grünen Herz“ des Marktes

Die Erfolge sind beileibe nicht nur ideeller Natur, sondern lassen sich auch sehr konkret benennen. In Neunkirchen ist das unter anderem ein Multifunktionsplatz, für dessen Bau aus Geschäftswelt und Bürgerschaft bereits Spenden in Höhe von 20.000 Euro eingegangen sind. Ein ortsansässiger mittelständischer Betrieb konnte außerdem als Förderer und Sponsor des bürgerschaftlichen Engagements gewonnen werden. Für den Bau der Begegnungsstätte am Brandbach wurden über 3.000 ehrenamtliche Arbeitsstunden geleistet. Aufgrund der ehrenamtlichen Hilfe ist das Budget für den Seniorennachmittag mittlerweile um die Hälfte entlastet. Die Konzeption und Bewirtschaftung des Offenen Jugendtreffs „Appendix“ erfolgten ebenfalls im Ehrenamt. Der Markt trägt lediglich den Sachaufwand. Und auch der Schulparkplatz erfreut sich einer neuen Hecke – gekostet hat dies die Gemeinde lediglich die Pflanzen.

Kontakt:

Markt Neunkirchen a. Brand
1. Bürgermeister Heinz Richter
Klosterhof 2-4
91077 Neunkirchen a. Brand
Telefon 09134 705-0
www.neunkirchen-am-brand.de



Meine Meinung ...

„Ohne die Arbeit der Agenda-Gruppen hätten wir viele Projekte nicht verwirklichen können. Die Agenda 21 ist für mich eine Herzensangelegenheit geworden. Die Zusammenarbeit der Arbeitskreise mit der Verwaltung klappt bestens.“

Wilhelm Schmitt, Bürgermeister a. D.

„Aktive Bürgerbeteiligung ist gerade in Zeiten finanzieller Krisen die einzige nachhaltige Lösung, bei der jeder gewinnt.“

Dagmar Bürzle, ehemalige Agenda-Beauftragte

Nachhaltigkeit –
den Kindern eine
lebenswerte
Zukunft schaffen



Agenda 21 – Plattform für eine lebendige Gemeinde



Gemeinde Pettendorf

Die 3.500 Einwohner Pettendorfs verteilen sich auf 19 Ortsteile. Topografisch bestimmen die Täler zwischen Donau, Naab und Schwetze das Bild der Gemeinde. Im Südwesten grenzt als großer Nachbar die Stadt Regensburg an.

Herausforderung

Die Geburtsstunde der Agenda 21 in Pettendorf war eine Bürgerversammlung vor mehr als 10 Jahren. Der frühere Bürgermeister Karl Meyer wollte die Menschen stärker in die Gemeindeentwicklung einbinden. Er traf mit dieser Idee auf großes Interesse – im Gemeinderat, bei den Parteien, bei Vereinen, den Kirchen sowie in den Schulen. Schließlich erklärten sich mehr als drei Dutzend Bürger zu einer Mitarbeit bereit. Bürgermeister Eduard Obermeier hat diese Bewegung ab 2002 weiter vorangebracht. Themen gab und gibt es genug: Wie lassen sich Attraktivität und Identität der Dörfer in einer Wachstumsregion erhalten, und welche Voraussetzungen müssen für Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Nahversorgung

geschaffen werden? Wie entwickelt sich die Gemeinde kinder- und familienfreundlicher, und wie kann sich das Gemeinwesen auf den Demografischen Wandel einstellen? Einerseits galt es, arbeitsfähige Strukturen zu schaffen, andererseits sollten die Menschen unmittelbar bei ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten abgeholt werden. Statt fester Arbeitskreise wurden daher zeitlich befristete und aufgabenbezogene Projektgruppen eingerichtet. Eine Geschäftsordnung sichert außerdem die Einbindung der Verwaltung in die Agenda ab. Bei Runden Tischen in den Ortsteilen können die Menschen ihre Belange direkt einbringen.



Spielplatz Wittelsbacherstraße

Die Sanierung des Spielplatzes in der Wittelsbacherstraße wurde als gemeinschaftliches Projekt angegangen. Nicht nur die Gruppe der Kinder sollte davon profitieren, sondern auch die Nachbarschaft unter den Erwachsenen. Die Beteiligten haben zusammen geplant, während die Fäden bei

*Blick auf den
Hauptort Pettendorf
mit Schloss und
Kirche*



einer verantwortlichen Steuerungsgruppe zusammen liefern. Eltern, Vereine und Gemeinde waren schließlich mit 600 Arbeitsstunden dabei. Im Ergebnis ist ein Treffpunkt für Jung und Alt entstanden, für den sich die Beteiligten nach wie vor zuständig fühlen. Ein Einweihungsfest durfte natürlich nicht fehlen.

Erfolge

In Pettendorf ist es gelungen, die neuen Formen der Zusammenarbeit transparent zu gestalten. Das Umweltforum, so heißt dort die Kommunale Agenda 21, erhält ein Mandat, das alle zwei Jahre vom Gemeinderat per Beschluss erneuert wird. Dieser Turnus sorgt für eine klare Aufgabenstellung und zugleich eine Einbindung der Mandatsträger. Die Meilensteine werden so gesetzt, dass sie auch erreichbar sind und am Ende ein Erfolgserlebnis steht. Mit Hilfe einer Geschäftsordnung wurden die Regeln



für das Zusammenspiel auch schriftlich niedergelegt. So darf zum Beispiel das Umweltforum in der Bürgerversammlung von seiner Tätigkeit berichten.

Vor allem aber hat es die Agenda 21 geschafft, dass sie als Plattform für Aktivitäten der ganzen Gemeinde angenommen wird. Sie koordiniert für die Vereine die jährliche Aktion „Rama dama“, den „Pettendorfer Kulturherbst“ oder die Agenda 21-Zeltstadt.



Auch der
Bürgermeister
greift zur Schaufel
und ist beim Spiel-
platzprojekt aktiv



Zum Gemeindeleben gehört das jährliche „Rama dama“ der Vereine und Organisationen

Mittlerweile wurden in vier Ortsteilen weitere Spielplätze in über 2.000 Stunden ehrenamtlicher Arbeit neu gestaltet. Davon profitieren nicht nur die Kinder, sondern auch der Kämmerer freut sich darüber. Im Zuge einer Zukunftswerkstatt hat Pettendorf im vergangenen Jahr schließlich schwerpunktmäßig den Demografischen Wandel bearbeitet. In drei Workshops ging es darum, die Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten für die Gemeinde zu verstehen und mögliche Maßnahmen abzuleiten.

Meine Meinung ...

„Eine Aktive Bürgergesellschaft gelingt dann, wenn aus Kritikern aktive Mitgestalter geworden sind, und wenn die Gemeinde das große Wissen ihrer Bürger für sich nutzt.“

Eduard Obermeier, 1. Bürgermeister

„Es ist wunderbar zu sehen, wie die jahrelange Agenda 21-Arbeit dem Miteinander gut tut, egal ob in kultureller oder in sozialer Hinsicht. Zukunftsthemen werden schon jetzt aufgegriffen und bearbeitet, ehe sie uns irgendwann überrollen. Es macht Spaß, sich für unsere Gemeinde zu engagieren (und das auch zu dürfen).“

Reinhold Demleitner, Vorsitzender des Umweltforums

Kontakt:

Gemeinde Pettendorf
1. Bürgermeister Eduard Obermeier
Margarethenstraße 4
93186 Pettendorf
Telefon 09409 8625-0
www.pettendorf.de
www.agenda21-pettendorf.de



Boden ist eine nicht vermehrbare natürliche Ressource, die vielfältige Funktionen hat. Gegenwärtig werden in Deutschland täglich rund 100 Hektar Boden bebaut, versiegelt oder anderweitig genutzt. Die Flächeninanspruchnahme beeinträchtigt Lebensräume und Wasserhaushalt und zerschneidet die Landschaft. Die Entstehung von neuen Siedlungen, Gewerbeflächen, Verkehrswegen und Freizeiteinrichtungen bestimmt zudem das Erscheinungsbild und die Struktur von Städten und Dörfern. Die Kommunen haben als Kern der kommunalen Selbstverwaltung die Planungshoheit vor Ort und stellen Bauleitpläne auf. Damit besitzen sie die Möglichkeit zu einer eigenständigen Siedlungs- und Bodenpolitik.

Siedlung und Fläche – was aktive Kommunen tun können

10 Handlungsansätze aus der Praxis

- Ein **kommunales Gesamtkonzept** dient als Steuerungshilfe noch oberhalb der Bauleitplanungsebene. Es fungiert als Leitbild und legt die Grundsätze der künftigen Entwicklung dar wie z. B. ein Festhalten am dörflichen Charakter oder ein Vorrang der Innenentwicklung. Solche grundlegenden Entwicklungsziele helfen als Richtschnur bei anstehenden Entscheidungen.
- In der **Bauleitplanung** legt die Kommune die räumliche Verteilung und Nutzung von Flächen und einzelnen Grundstücken fest. Mittels Festsetzungen in Bebauungsplänen kann sie auf eine sparsame Flächenbeanspruchung hinwirken und ausgleichende Maßnahmen wie etwa zur Regenwasserbewirtschaftung vorschreiben.
- Mit **aktiver Bodenpolitik** kann die Kommune die Ausweisung von Baugebieten nach strikt gemeinwohlorientierten Kriterien betreiben: Indem sie z. B. einen eigenen Flächenpool aufbaut und so ihre Handlungsmöglichkeiten bei der Standortsuche für eigene Vorhaben oder bei der preisgünstigen Abgabe von Erbpachtflächen an Familien deutlich steigert.
- Beim **Flächenrecycling** werden ehemals gewerblich, militärisch oder infrastrukturell beanspruchte Flächen wieder nutzbar gemacht. Oft bieten innerörtliche Brachflächen die Möglichkeit für zentrumsnahes Wohnen, bisweilen sind aber erst schwierige Besitzverhältnisse, Altlastenfragen oder planerische Voraussetzungen zu klären.
- **Baulückenaktivierung**. Baulücken sind voll erschlossene Grundstücke im Siedlungsbereich. Ihre Nutzung erfordert daher keine weiteren Straßen oder Ver- und Entsorgungsleitungen. Baulückenkataster haben ein erhebliches und zum Teil überraschend großes Potenzial an solchen Flächen sichtbar gemacht.
- Auch die **Nachverdichtung** von Baugebieten mit bislang niedriger Dichte kann helfen, die Flächenbeanspruchung zu verringern. In Dörfern tut sich häufig dann ein Nachverdichtungspotenzial auf, wenn die Landwirtschaft innerorts ihren Betrieb eingestellt oder verlagert hat.
- **Flächensparendes Bauen und Begrenzung der Versiegelung** stellen hohe Anforderungen an Städtebau und Objektplanung. Denn häufig müssen Bauherren von Alternativen zu flächenintensiven Haustypen erst überzeugt werden mit Varianten kostengünstiger Bauformen und hoher Wohnqualität.
- **Information und Beratung von Bauherren**. Zusätzlich zu den Festsetzungen in der Bebauungsplanung kann eine Kommune auch Bauherren durch die Verwaltung beraten und auf einfach zu realisierende, qualitätssteigernde Maßnahmen aufmerksam machen. Manche Kommunen schaffen darüber hinaus Anreize mit eigenen Förderprogrammen.
- **Bewusstseinsbildung**. Boden erscheint vielen Menschen gar nicht als knappe Ressource – die Flächen sind ja da. Für den Wert des Bodens und die Notwendigkeit eines kommunalen Flächenmanagements muss daher oft erst ein Bewusstsein geschaffen werden, was z. B. im Zuge von Leitbildprozessen geschehen kann.
- Besondere Impulse können Kommunen aus der **Teilnahme an staatlichen Programmen** erfahren. Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen sowie die Dorferneuerung unterstützten sie bei der Steuerung der baulichen Entwicklung, wobei vor allem die Grundsätze einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung verwirklicht werden sollen.

Hemmnisse

Verschiedene Interessenslagen

Die Ausweisung von Bauland zählt zu denjenigen politischen Entscheidungsprozessen, bei denen verschiedene Interessenslagen bisweilen besonders hart aufeinander treffen. Unterschiedliche Entwicklungsperspektiven und nicht zuletzt die Aussicht auf die Wertsteigerung von Flächen stehen zur Debatte, was den Druck zu Entscheidungen erhöhen kann.

Standortwettbewerb

Im Wettstreit um Gewerbe und Zuweisungen halten es viele Kommunen für unerlässlich, jederzeit über ein großes Angebot an voll erschlossenem Bauland zu verfügen. Bleibt die Nachfrage allerdings aus, so drohen hohe Folgekosten aus den Vorleistungen in die Infrastruktur. Die interkommunale Kooperation bei der Flächenausweisung findet daher zusehends Anhänger.

Wünsche der Eigentümer und Bauherren

Gerade die für eine Innenentwicklung geeigneten Flächen stehen oft nur eingeschränkt zur Verfügung, und die Wunschvorstellungen der Bauherren decken sich meist nicht mit dem Flächensparziel. Hier Bewusstsein zu bilden ist eine mittel- und langfristige Aufgabe, die idealer Weise im Zuge einer aktiven Bodenpolitik geschieht.

Chancen

Leitbilder und Gesamtkonzepte als Orientierungsrahmen

Bauleitplanung sollte auf langfristigen Zielen und einer Identität des Ortes fußen, um so als Orientierung für die weitere Entwicklung dienen zu können. Für die Klärung von Zielen und Identität haben sich Leitbildprozesse, die unter der aktiven Mitwirkung der Menschen und unterstützt von der Politik durchgeführt werden, als sehr nützlich erwiesen.

Flächenressourcen-Management

Das Flächenressourcen-Management hilft Kommunen dabei, den Vorrang der Innenentwicklung und eine flächensparende Bauweise in der Planung umzusetzen. Es zeigt, wie innerörtliche Flächenpotenziale systematisch erfasst und realisiert werden können.

Aktive Bodenpolitik

Mit der Flächennutzungsplanung verfügen die Kommunen über ein zentrales Steuerungsinstrument. Das Baurecht bietet bereits alle Möglichkeiten für eine aktive Bodenpolitik, bei der die Kommune die aktive und maßgebende Rolle bei einer flächensparenden Siedlungsentwicklung hat.



Abensberg

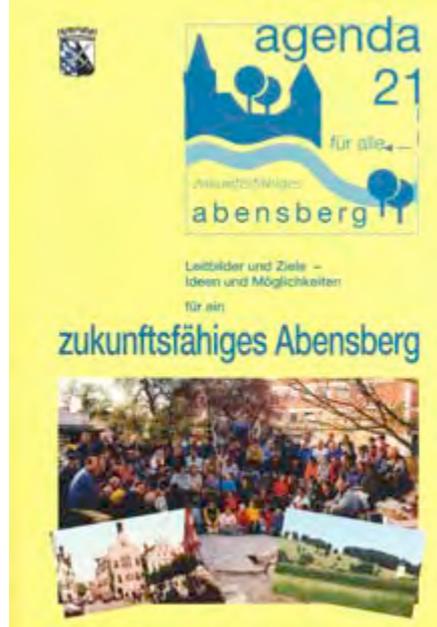


Pfaffenhofen a. d. Ilm



Weyarn

Leitbildbroschüre
„Zukunftsfähiges
Abensberg“



Erfolgreich durch ganzheitliche Flächenentwicklung



Stadt Abensberg

Abensberg liegt mitten im Dreieck der Oberzentren Ingolstadt, Regensburg und Landshut. In der historisch geprägten Altstadt und sechs weiteren Ortsteilen leben 13.300 Menschen. Die besonderen Bodenverhältnisse haben die Stadt für ihren Hopfen- und Spargelanbau berühmt gemacht.

Herausforderung

Abensberg steht seit Jahren unter Siedlungsdruck. Allerdings setzen die Topographie und hochwertige natürliche Lebensräume einer Ausdehnung in die Fläche Grenzen. So hat die Stadt weit überregional bedeutsame Schutzgebiete wie die Sandharlandener Heide oder die Offenstettener Dünenlandschaft.

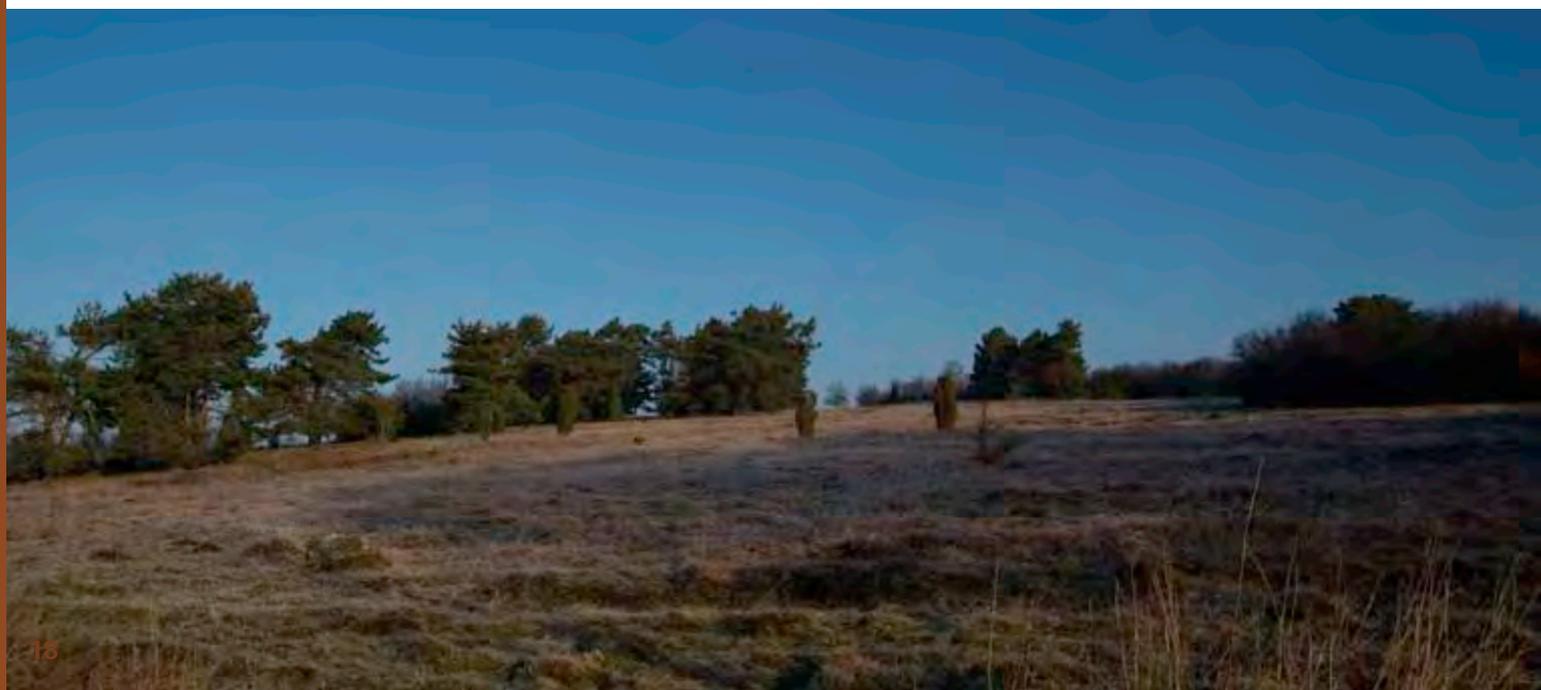
Daher galt es, die Erfordernisse der Ökologie, die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung und künftige Entwicklungschancen in Einklang zu bringen.

Dazu wurde eine integrierte Flächennutzungs- und Landschaftsplanung angestoßen. Eingebracht haben sich unter anderem die aktiven Bürger aus der Agenda 21, insbesondere mit der Vision für ein „Zukunftsfähiges Abensberg“. Denn bei kaum einer anderen kommunalen Aufgabe findet der ganzheitliche Ansatz der Agenda 21 so viele Anknüpfungspunkte wie in der Flächenentwicklung.

Integrierte Landschaftsplanung

Im Jahr 1997 wurde der Planungsprozess gestartet mit den Zielen Nachhaltigkeit und Lebensqualität. Bei der Erarbeitung des Landschaftsplanes war die Bevölkerung und insbesondere die Landwirtschaft intensiv eingebunden. Es galt der Komplexität der Entwicklungsfragen gerecht zu werden, ohne sich zugleich aber im Ablauf zu verzetteln. Im Jahr 2001 kam der Plan schließlich zur Aufstellung und wurde von einer breiten

Naturschutzgebiet
„Sandharlandener
Heide“



Mehrheit in der Bevölkerung mitgetragen. Seither konnten auf dieser Grundlage eine Reihe wichtiger Projekte umgesetzt werden. Beim Grundwasserschutz beteiligen sich 80 Prozent der Landwirte in der Schutzkulisse an besonderen Nutzungsvereinbarungen. Für die Sandharlandener Heide konnte die Naturschutzfläche im Zuge eines freiwilligen Landtausches verdreifacht werden. Und die aus dem Landschaftsplan entwickelten Rad- und Wanderwege haben den Freizeitwert nochmals deutlich erhöht.

Ökologische Siedlungsentwicklung

Die Stadt Abensberg weist nur dort Bauland aus, wo es der Landschaftsplan zulässt und wo sie zugleich aufgrund ihres Einheimischenmodells zu 100 Prozent Eigentümerin der Flächen geworden ist. Bebauungspläne enthalten ebenfalls ökologische Kriterien: Auf jedem Grundstück ist eine Regenwasserzisterne vorgesehen, der Parzellenschnitt orientiert sich an einer optimalen energetischen Nutzung der Sonnenein-



strahlung, und die Stadt gibt schließlich mit einem Förderprogramm zusätzliche Anreize für Niedrigenergiehäuser. In Abensberg-Gaden wurde zusammen mit einem privaten Bauträger ein Siedlungsgebiet als Ökodorf entwickelt, mit Nahwärmeversorgung und besonderen baubiologischen Standards.

Erfolge

Die Mühen einer umfassenden Planung haben sich gelohnt. In vielen Maßnahmen werden nun die Früchte geerntet, wozu in der integrierten und beteiligungsorientierten Planung die Grundlagen gelegt wurden. Dies zeigt, wie wichtig es ist, dass Kommunen die Spielräume, welche ihnen ihre Instrumente bieten, tatsächlich nutzen. Und auch die Einbindung der Menschen war ein Erfolg: sowohl auf der Ebene der Rahmenplanung als auch jener der Umsetzung konkreter Maßnahmen. Gerade auf



Neugestaltung des Pausenhofs

Links: ehemalige Bahngüterhalle

Darunter: Ökodorf Gaden

der Maßnahmenebene sehen die Bürger die konkreten Ergebnisse ihrer Arbeit. Wenn das Zusammenspiel der Kommune mit ihnen gelingt, werden neue Kräfte frei. Am Umbau der ehemaligen Bahngüterhalle zum örtlichen Kulturzentrum oder an der Neugestaltung des Pausenhofs der Grundschule in Abensberg erweist sich dies aufs Neue.

Meine Meinung ...

„Agenda, wie wir sie verstehen, ist ein laufender, niemals abgeschlossener Prozess. Sie betrifft jeden Einzelnen ganz persönlich. Eine Nachhaltige Entwicklung im Sinne der Rio-Konferenz ist nur möglich, wenn jeder seine eigenen Handlungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten erkennt und nutzt.“

Dr. Uwe Brandl, 1. Bürgermeister

Kontakt:

Stadt Abensberg
1. Bürgermeister Dr. Uwe Brandl
Stadtplatz 1
93326 Abensberg
Telefon 09443 9103-11
www.abensberg.de





*Blick von Osten
mit den typischen
Hopfengärten der
Hallertau*

Flächenressourcen-Management und Aufwertung der Innenstadt



Stadt Pfaffenhofen
an der Ilm

Die Kreisstadt Pfaffenhofen an der Ilm ist in den vergangenen 25 Jahren um fast 50 Prozent gewachsen und hat nun 23.500 Einwohner. Sie liegt nicht nur zwischen mehreren Ballungsräumen, sondern auch sehr verkehrsgünstig zum Flughafen im Erdinger Moos.

Herausforderung

Auch Pfaffenhofen stand vor der Frage: Wie viel Zuwachs ist verträglich, und wie lässt sich dem steigenden Flächenverbrauch entgegen steuern? Die Stadt mit ihren 61 Ortsteilen liegt im Tertiären Hügelland, das heißt, die Topographie setzt mit engen Tälern der städtebaulichen Entwicklung natürliche Grenzen. Dort, wo bereits Talräume verbaut wurden, sind mittlerweile Hochwässer zum Problem geworden. Täler und

Retentionsflächen sollen daher von weiterer Bebauung möglichst ausgenommen werden.

Politik, Verwaltung und Bürger haben das Flächenmanagement gleichermaßen als Aufgabe erkannt. Als im Jahr 1999 der Agenda-Prozess mit einer Zukunftswerkstatt gestartet wurde, spielten solche Entwicklungsfragen eine wichtige Rolle. Nachhaltigkeitsbericht und Aktionsprogramm folgten.



Flächenressourcen-Management

Pfaffenhofen hat sich 2001 bis 2003 am Modellversuch „Flächenressourcen-Management“ des Bayerischen Landesamtes für Umwelt beteiligt. Dabei wurde untersucht, ob Flächenreserven im Innenbereich genutzt werden können, ehe neue Baugebiete im Außenbereich entstehen. Die Stadt hat sich im Zuge dessen intensiv mit fünf Fragen befasst:

- Flächenrecycling bei Brachstandorten
- Baulückenaktivierung
- Nachverdichtung
- Flächensparendes Bauen und Begrenzung der Versiegelung
- Entsiegelung im Bestand

Insgesamt wurden 571 Brachflächen erfasst und auf ihre Entwicklungsfähigkeit hin untersucht. Ein Ergebnis war, dass mit einem Hektar innerstädtischer Brachfläche je nach Bebauung bis zu 42 Wohneinheiten geschaffen werden könnten. Der Stadtrat hat sich per Beschluss dazu verpflichtet, künftig dieses Potenzial zu nutzen. Bis Ende 2007 wurden bereits 158 innerörtliche Grundstücke mit über 224 Wohneinheiten aktiviert. Parallel dazu wurde die Initiative ergriffen, um die Attraktivität der Innenstadt weiter zu steigern. Der Hauptplatz wird neu gestaltet, ein Innenstadt-Team mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, „forum baukultur“, dem Agenda-Arbeitskreis Stadtentwicklung und aus der Stadtverwaltung hat verschiedene Maßnahmen begleitet.

Erfolge

Pfaffenhofen praktiziert ein Einheimischenmodell, das der Stadt Zugriff auf preisgünstiges Bauland sichert. Die Bereitstellungslast für öffentliche Flächen wird durch eine Baulandumlegung außerdem gleichmäßig verteilt. Für die steigende Hochwassergefahr und notwendige Vorsorgemaßnahmen sind die Menschen mittlerweile deutlich sensibilisiert. Das Instrument der Flächennutzungsplanung wird als Chance zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung insgesamt gesehen.

Links: leerstehende Gebäude nahe dem Zentrum



Hackschnitzelanlieferung am Biomasse-Heizkraftwerk



Brachfläche im Stadtgebiet (ehemalige Spedition)

Aber Flächenmanagement steht nicht ausschließlich im Vordergrund. Seit der Inbetriebnahme eines Biomasse-Heizkraftwerks im Jahr 2001 wurde der CO₂-Ausstoß um jährlich 65.000 Tonnen reduziert, 21 Millionen Liter Heizöl werden Jahr für Jahr ersetzt. Im Kraftwerk sind 17 Menschen dauerhaft angestellt, darüber hinaus werden noch Wartung, Holzernte und Brennstofflieferung in der Region beschäftigungswirksam.

Kontakt:

Stadt Pfaffenhofen a. d. Ilm
1. Bürgermeister Thomas Herker
Hauptplatz 1
85276 Pfaffenhofen a. d. Ilm
Telefon 08441 78-0
www.pfaffenhofen.de



Meine Meinung ...

„Die Untersuchungen haben gezeigt, dass in den Modellkommunen das Potenzial an Baulücken und Brachflächen weit größer ist als vor Ort vermutet wurde.“

Claus Hensold, Projektleiter am Bayerischen Landesamt für Umwelt

„Wir verstehen den Flächennutzungsplan in seiner vorbereitenden Funktion als das wichtigste ganzheitliche Planungsinstrument für ein nachhaltiges Bodenmanagement.“

Hans Prechter, Bürgermeister a. D.

Weyarn ist sich seiner Wurzeln bewusst und lebt sein Leitbild: „Wir wollen ländlicher Raum bleiben.“



Gemeindeentwicklung – „ ... nicht ohne meine Bürger“



Gemeinde Weyarn

Weyarn liegt rund 35 Kilometer südlich von München an der Autobahn nach Salzburg. Landschaftlich bestimmen die Wildflüsse Mangfall und Leitzach die 3.300-Einwohner-Gemeinde. Die 21 Ortsteile sind noch heute überwiegend landwirtschaftlich geprägt.

Herausforderung

Anfang der 90er-Jahre stieg der Zuzugsdruck aus der Landeshauptstadt: Bauland für Einheimische wurde teurer, Struktur und Identität kamen in Bedrängnis. Andernorts ließen sich Verstädterung und ausufernde Gewerbegebiete schon hinreichend beobachten. Weyarn wollte sich daher intensiv mit der Ortsentwicklung auseinandersetzen und stieg dazu im Jahr 1993 in einen Dorfenerneuerungsprozess ein.

In zahlreichen Bürgerwerkstätten wurden die Weyarner aktiviert. Arbeitskreise ent-

standen, Stärken und Schwächen wurden analysiert, Potenziale erkannt. Ein intensiver Leitbildprozess begann, bei dem die Perspektiven einer entweder unkontrollierten, suburbanen oder einer ländlich geprägten Entwicklung abgewogen wurden. Nach eineinhalb Jahren war klar: Weyarn wollte ländlich geprägter Raum bleiben.

Kommunale Steuerungsfähigkeit durch aktive Bodenpolitik

Für eine Entwicklung im Sinne des Leitbilds lag der Schlüssel in einer aktiven Bodenpolitik. Die Gemeinde sollte handlungsfähig bleiben, um ein Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten zu verwirklichen, um die Infrastruktur frei von Sachzwängen der Bodenverfügbarkeit weiter zu entwickeln und um ein Einheimischenprogramm umzusetzen. So wird heute in Weyarn Grünland nur dann Bauland, wenn es ortsplanerisch geeignet ist und der Eigentümer zwei Drittel der Fläche an die Gemeinde zum doppelten landwirtschaftlichen Grundstückspreis verkauft. Eine „Ökonomische Kartierung“ zeigt, wo Gewerbe in den Dörfern vertretbar erscheint. Solche dezentralen Gewerbekonzepte beschließt der Gemeinderat in Abstimmung mit den Bürgern. Im Erbbaurecht schließlich erhalten junge Familien bezahlbare Grundstücke.

Gemeinsamkeit macht stark, und das Miteinander führt zum Ziel



Die Zukunft mit den Bürgern planen

Die guten Erfahrungen mit der Bürgerbeteiligung beim Leitbildprozess haben dazu geführt, dass in Weyarn der Grundsatz gilt: Wir planen die Zukunft mit dem Bürger. Weyarn hat dazu ein strukturiertes Modell der Bürgermitwirkung für alle kommunalen Handlungsfelder entwickelt: Gemeinderat, Arbeitskreise und Bürger sind bei Planungen und Projekten gleichberechtigt beteiligt. Die beiden Säulen Gemeinderat und Bürger sind durch eine Koordinationsstelle vernetzt. Die Arbeitskreise werden professionell begleitet, und außerdem hat der Gemeinderat den Arbeitskreisen Eigenverantwortung und eigene Budgets übertragen.



Erfolge

Weyarn hat wichtige Schritte gemacht, um Charakter und Identität von Menschen und Landschaft zu erhalten. Nachhaltige Strukturen haben sich gegen einen begehrlischen Blick auf schnellen Profit durchgesetzt. Politik, Verwaltung und Bürger haben gemeinsame Grundsätze gefunden. Sie lauten:

- Wir wollen unsere Identität bewahren.
- Wir wollen unser Schicksal selbst in die Hand nehmen.
- Wir wollen keine Spekulation.
- Wir halten nichts von Subventionsmentalität.



*„Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“:
Kinder planen und gestalten mit*

Wesentliche Grundlage für eine lokale Politik der Nachhaltigkeit ist eine neue Kultur: Gemeinderat und Bürger denken Wege gemeinsam zu Ende, sie agieren kostenbewusster und Planungen erfolgen zielorientierter. Zuversicht und Selbstbewusstsein bestimmen das Klima, Vertrauen untereinander und in die eigenen Stärken ist das Zauberwort für den Erfolg.

All das hat sich auch beim Neubau der Schule bewährt: Eltern, Lehrer und Kinder waren in zwei Arbeitskreisen an der Planung mit beteiligt. Sie erhielten eigene Verantwortlichkeiten, wöchentlich fand die Abstimmung unter allen Beteiligten statt. Von der ersten Planung bis zum Einzug vergingen dennoch nur 18 Monate. Die zunächst veranschlagten Kosten wurden um 1 Million Euro unterschritten. Und auch das Einheimischenprogramm bewährt sich: Die durchschnittliche Kinderzahl der Familien auf Erbpachtflächen beträgt rechnerisch stolze 2,8.



*Die neue Schule:
nach den Leitbildern
der Kinder gebaut*

Meine Meinung ...

„Die Bürgerbeteiligung ist längst ein Selbstläufer. Sie geschieht unabhängig von Parteien oder der Finanzlage.“

Michael Pelzer, 1. Bürgermeister

Kontakt:

Gemeinde Weyarn
1. Bürgermeister Michael Pelzer
Ignaz-Günther-Str. 5
83629 Weyarn
Telefon 08020 1887-0
www.weyarn.de



Die natürliche Umwelt in ihrer biologischen Vielfalt ist heute fast durchgängig eine vom Menschen geprägte Kulturlandschaft. Sie ist Lebens-, Arbeits- und Erholungsraum zugleich. Darüber hinaus beanspruchen die Menschen die abiotischen Ressourcen Boden, Wasser und Luft als Grundlage ihres Wirtschaftens und geben Abfallstoffe dorthin ab. Schon das forstliche Nachhaltigkeitsprinzip zielte darauf, dass natürliche Güter nur soweit genutzt werden, dass sie dauerhaft zur Verfügung stehen. Daraus ergibt sich der Auftrag zu Schutz, Pflege und Weiterentwicklung von Natur und Landschaft und zu einem sorgsamem Umgang mit den abiotischen Ressourcen. Notwendig sind ein Ausgleich zwischen Schutz und Nutzung und das Wahren der Interessen künftiger Generationen.

Ressourcen – was aktive Kommunen tun können

10 Handlungsansätze aus der Praxis

- Die **Landschaftsplanung** ist ein zentrales Steuerungsinstrument der Kommune; damit erstellt sie ein längerfristiges Konzept für Naturschutz, Landschaftspflege und Erholungsvorsorge. Es wird im Rahmen der Bauleitplanung verbindlich. Die **Grünordnung** hingegen klärt ökologische und gestalterische Anforderungen in der Bebauungsplanung.
- Mittels der **Eingriffsregelung** sollen unvermeidbare Beeinträchtigungen von Naturhaushalt und Landschaftsbild ausgeglichen und vermeidbare vermieden werden. Ersatzmaßnahmen können an anderer Stelle z. B. über einen Flächenpool systematisch zur Weiterentwicklung wertvoller, zusammenhängender Flächen genutzt werden.
- Die **Umweltbildung** vermittelt Wissen, Einstellungen und Handlungsbereitschaft. Eine besondere Zielgruppe sind Kinder und Jugendliche, da die Natur umso eher schützt, wer sie früh zu schätzen gelernt hat. Zusätzlich fördert eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit das Verständnis über Zusammenhänge in der Umwelt.
- **Schutz des Grundwassers.** Grundwasser soll frei von schädlichen Einträgen bleiben, Verunreinigungen sollen möglichst saniert werden. Außerdem soll nicht mehr entnommen werden als sich nachbildet. Kommunen treffen zum Schutz häufig Vereinbarungen über eine schonende Landbewirtschaftung.
- **Bodenschutz.** Boden entsteht in langen geologischen Zeiträumen, kann aber in kürzester Zeit zerstört, verunreinigt oder abgetragen werden. Beeinträchtigungen sollen daher möglichst vermieden werden, wozu für Kommunen die Bauleitplanung das wichtigste Instrument ist.
- **Luftqualität.** Kommunen erstellen seit 2006 sog. Luftreinhalte-/Aktionspläne, wenn Belastungshöchstwerte überschritten werden. Die Pläne enthalten vor allem verkehrs- und anlagenbezogene Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität. Zu den lokal realisierbaren Maßnahmen zählt z. B. die Ausweisung von Umweltzonen.
- **Gewässer** und Uferbereiche sollen in hoher Qualität als Lebensraum erhalten werden, wofür in Gewässerpflegeplänen Unterhaltungsmaßnahmen entwickelt werden. Bei Bachpatenschaften kann eine Kommune mit den Bürgern gemeinsam aktiv werden. Dem **Hochwasserschutz** dienen z. B. freigehaltene Überschwemmungsbereiche oder Entsiegelung.
- Im **Arten- und Biotopschutz** werden die Lebensräume seltener und bedrohter Arten erhalten oder wieder hergestellt. Nach Möglichkeit werden diese Lebensräume auch untereinander vernetzt. Kommunen können helfen bei der Flächenbereitstellung, Renaturierung, Pflege oder Neuanlage.
- **Landschaftspflege** dient der Sicherung, Pflege und Neuanlage naturnaher Lebensräume. Sie wird durchgeführt mittels Verträgen mit den Landnutzern, mit Hilfe der Landschaftspflegeverbände oder ehrenamtlicher Naturschützer. Kommunen können auf eigenen Flächen aktiv werden und Initiativen unterstützen.
- **Freizeit und Erholung.** Menschen genießen in ihrer Freizeit die Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft. Die Beanspruchung der Natur sollte sich aber an deren Belastbarkeit anpassen. Naturnaher Tourismus rückt daher neben der Schönheit auch deren Empfindlichkeit in den Blick.

Hemmnisse

Flächen unter Nutzungsdruck

Durch die gestiegene Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen hat der Nutzungsdruck auf die Flächen wieder deutlich zugenommen. Ebenfalls ungebrochen hoch ist die Flächeninanspruchnahme beim Bau von Siedlungen und Verkehrswegen, so dass auch der Anteil störungsarmer Landschaftsräume weiterhin zurückgeht.

Einschätzung als „Kür“

Die Erhaltung gewachsener Lebens- und Landschaftsräume ist an einen z. T. hohen Aufwand an Personal und Geldmitteln gebunden. Ein konsequentes Engagement ist daher nicht selbstverständlich, und oftmals werden Maßnahmen vereinzelt ergriffen, was aber nicht zuletzt am begrenzten Einfluss der Kommunen auf private Flächen liegt.

Grenzen des Gegensteuerns

Beeinträchtigungen, deren Entstehung oder Verbreitung sich räumlich kaum steuern lassen, sind von kommunaler Ebene aus nur sehr eingeschränkt beeinflussbar, etwa bei Luftschadstoffen oder schwer abbaubaren chemischen Verbindungen. Von der Kooperationsbereitschaft der Ober- und Unterlieger hängen z. B. erfolgreiche Strategien im Hochwasserschutz ab.

Chancen

Konzepte für Schutz und Nutzung

Naturschutz darf sich nicht auf Schutzgebiete beschränken, sondern muss auch in der Fläche stattfinden. Viele Regionalinitiativen zielen daher auf den Schutz von Natur und Landschaft durch eine schonende Landnutzung. Ihre Produkte liefern als bezahlte Mehrleistung einen Beitrag zur Erhaltung der Kulturlandschaft.

Maßnahmen der Umweltbildung

Umweltbildung und Verbraucheraufklärung sind wichtige Bausteine, um schonende regionale Erzeugung, sanften Tourismus und Umweltschutz insgesamt als Wert und Erlebnis bei den Menschen zu verankern. Das Ansprechen der Sinne, die Einordnung in kulturhistorische und lokale Bezüge oder die Verbindung mit Gesundheitsthemen sind besonders erfolgversprechend.

Programme und Instrumente

Den Schutz und die Erhaltung der abiotischen Ressourcen sowie der Tier- und Pflanzenwelt fördert der Staat durch das Kulturlandschafts- oder das Vertragsnaturschutzprogramm. Für eine intensive Bürgereinbindung bietet sich die Landschaftsplanung an; sie kann inhaltlich eng mit Grünordnungsplanung und Eingriffsregelung verknüpft werden.



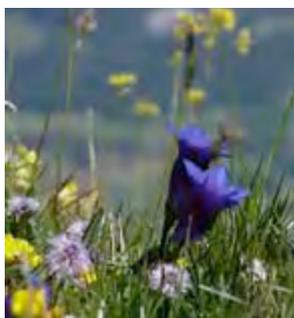
Schleching



Kirchdorf i. Wald



Oettingen i. Bayern



Ihre einzigartige Flora und Fauna wollen die Schlechinger bewahren



Eine naturnahe Landwirtschaft hilft dabei, die wertvolle Landschaft zu erhalten

Das Ökomodell als Motor für eine naturnahe Gemeindeentwicklung



Gemeinde Schleching

Schleching liegt am Fuß der Chiemgauer Alpen, nahe an der Grenze zu Österreich. Viele der 1.800 Einwohner finden in der Landwirtschaft und im Fremdenverkehr ihr Auskommen.

Herausforderung

Ein Drittel des Gemeindegebietes sind wertvolle Naturlandschaften wie das Durchbruchstal der Tiroler Achen, der Geigelstein, die Mettenhamer Filze oder Buckelwiesen und Auwälder. Viele Almen leisten nicht nur einen Beitrag zum Landschaftsbild und Schutz seltener Lebensräume, sondern sind auch eine wichtige Attraktion für Touristen. Die Erhaltung dieser Natur- und Kulturlandschaft ist daher eine wesentliche Grundlage

für das Gastgewerbe. Dies setzt allerdings auch in Zukunft eine Bewirtschaftung durch die Landwirtschaft voraus.

Schlechings Zukunftsstrategie ruht daher auf drei Säulen: die Sicherung der landwirtschaftlichen Betriebe, die Erhaltung der Landschaft und die Förderung eines naturverträglichen Tourismus. Das Leitmotiv dazu lautet „Gesunder Lebensraum – Herausforderung für uns alle“. Es ist getragen von der Überzeugung, dass die drei Ziele nur durch gemeinsames Handeln und vernetztes Denken erreicht werden können.

Die Rolle eines Motors und Ideengebers hatte Mitte der 1990er-Jahre ein Initiativkreis aus interessierten Bürgern und Landwirten. Das Ziel war eine Gemeindeentwicklung im Sinne der Agenda 21. Je nach dem gingen daraus Projektgruppen und Arbeitskreise hervor. So entstand auch die Idee zum „Ökomodell Schlechinger Tal“, das später zum „Ökomodell Achental“ ausgeweitet und als Verein organisiert wurde. Dass zeitgleich eine Dorferneuerung stattfand, hat Schleching besonders schlagkräftig gemacht.

Gemeinde, Bürger und Landwirte arbeiten Hand in Hand wie hier bei der Sanierung des Zellersees



Landschaftspflege

Große Teile der abwechslungsreichen Landschaft mit ihren blumenreichen Wiesen, Bachsäumen, Hecken und Obstbäumen werden heute von den Landwirten gepflegt. Als fachliche Grundlage dient dazu ein Biotopverbund-Managementplan. Zusätzlich zu den staatlichen Leistungen honoriert aber auch die Gemeinde die Landschaftspflege. Die Betriebe erhalten das Siegel „Kulturlandschaft Achental“ für bestimmte Maßnahmen. Zugleich werden sie dadurch noch enger an die Philosophie des Ökomodells gebunden.



Direktvermarktung

Ein weiterer zentraler Baustein für eine nachhaltige Regionalentwicklung ist die Vermarktung bäuerlich und handwerklich erzeugter Produkte. Dazu wurde in Arbeitskreisen das „Qualität Achental“-Gütesiegel entwickelt, einschließlich Qualitätskriterien und Vergaberichtlinien. Der Absatz wird gezielt gefördert, z. B. durch den Achentaler Bauernmarkt, regionale Speisekarten, Direktvermarkter-Broschüren oder Einzelberatung landwirtschaftlicher Betriebe.



Umweltbildung

Das Ökomodell legt Wert auf die Einbindung von Kindern und Jugendlichen. Ausgebildete Naturführer gehen mit einem speziellen Bildungsangebot in die Schulen und bieten zum Beispiel Moorwandertage, Pflanzaktionen oder Patenschaften an. Die landwirtschaftlichen Betriebe ermöglichen in dem Projekt „Landwirtschaft macht Schule“ Besuche auf den Höfen, bei denen die Kinder aktiv mitmachen können.

Erfolge

In Schleching sind aus den ersten Initiativen feste Einrichtungen entstanden. Das Ökomodell wird im Verbund von sieben Gemeinden als Verein geführt. Dank Geschäftsstelle mit zwei Mitarbeitern hat die Frage nach einem notwendigen „Kümmerer“ eine Antwort gefunden. Aber auch ideell ist die Verankerung in der Gemeinde gelungen – die Vernetzung von Bürgern, Vereinen und Gemeinde ist selbstverständlich geworden. Die Schlechinger sind stolz auf ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl.

Für einen naturnahen Tourismus haben Fremdenverkehrs-Experten, Gastronomie und Gewerbe gemeinsame Angebote entwickelt. Seit Herbst 2007 hat außerdem der Achentaler Biomassehof als regionaler Energieholz-Dienstleister seinen Betrieb aufgenommen. Im Zuge der Dorferneuerung konnten zahlreiche bauliche Maßnahmen realisiert werden, die Zahl der ehrenamtlichen Arbeitsstunden liegt allein hier deutlich über 10.000.



Kontakt:

Gemeinde Schleching
1. Bürgermeister Josef Loferer
Kirchplatz 1
83259 Schleching
Telefon 08649 9889-0
www.schleching.de
www.oekomodell.de

Meine Meinung ...

„In der Fähigkeit, gemeinsam etwas zu tun, liegt unsere Chance für die Zukunft. Füreinander einzustehen und zu gestalten, was traditionell bei uns gewachsen ist, ist der größte Schatz, den wir haben.“

Alois Glück, Präsident des Bayerischen Landtags, am 2.10.2005 in Schleching bei der Einweihung des neuen Dorfplatzes

„Wir erkannten, dass wir selbst anpacken müssen, wenn wir unsere schöne Landschaft erhalten oder einen Kindergarten haben wollen. Und jetzt wissen wir, dass wir unsere Ziele auch erreichen können.“

Jakob Stadler, Demeter-Landwirt und Gemeinderat



Das Anwesen aus dem 17. Jahrhundert ist heute ein Treffpunkt für die Dorfgemeinschaft und die Jugend

Die Baufälligkeit machte die Entscheidung zur Sanierung nicht einfach



Die Wurzeln achten: Ein Waldlerhaus erstrahlt in neuem Glanz



Gemeinde Kirchdorf
im Wald

Kirchdorf i. Wald mit seinen 2.200 Einwohnern und neun Ortsteilen liegt geographisch im Zentrum des Bayerischen Waldes. Die naturnahe Mittelgebirgslage war die Voraussetzung für die Entwicklung zur Fremdenverkehrsgemeinde.

Herausforderung

Kirchdorf i. Wald hat bereits viel Erfahrung mit Bürgermitwirkung gesammelt. So



Das Austragshaus vor und nach der Instandsetzung



wurde im Jahr 1994 gemeinschaftlich ein Umweltkonzept erarbeitet, aus dessen Fortschreibung das Agenda 21-Aktionsprogramm hervorging. Auch die Aufstellung des Landschaftsplanes begann mit einem Runden Tisch, um unterschiedliche Interessen zusammen zu bringen. Daher konnte sich, noch weiter verstärkt durch die Dorferneuerung und die städtebauliche Sanierung, eine Beteiligungskultur entwickeln, dank der phasenweise bis zu 300 Kirchdorfer gleichzeitig in Arbeitskreisen aktiv waren. Eine Fülle von Maßnahmen in den Bereichen Mobilität, Energiesparen, Tourismus oder Natur- und Landschaftsschutz kamen zur Umsetzung. Einer neuen Herausforderung stellte sich die Gemeinde im Jahr 1999 mit dem Kauf eines denkmalgeschützten landwirtschaftlichen Anwesens aus dem 17. Jahrhundert. Einerseits sollte das Waldlerhaus als architektonisches Zeugnis der Geschichte und Teil der kulturellen Identität erhalten werden. Andererseits mussten eine sinnvolle Nutzung und eine Finanzierung gefunden werden. Für die denkmalgerechte Instandsetzung des Ensembles aus Wohnhaus, Stall und Austragshaus waren 940.000 Euro ver-

anschlagt. Die Sanierung wurde schließlich zur Schlüsselmaßnahme der Dorferneuerung im Ortsteil Abtschlag.

Denkmalgerechte Instandsetzung

Angesichts der Hürden bei Finanzierung und Nutzung wurde die Bevölkerung frühzeitig in die Planungen eingebunden. Der Dorfverein sicherte Eigenleistungen bei den Sanierungsarbeiten zu, und der Kreisjugendring Regen wurde als Partner für den späteren Betrieb eines Jugendübernachtungshauses gewonnen. Trotz einer Reihe von finanziellen Förderzusagen blieb jedoch bis zuletzt eine Skepsis gegenüber der Sanierung bestehen. Das Ziel war es aber, das Anwesen wieder zu einem Treffpunkt vor allem für die Bürger im Ortsteil Abtschlag zu machen.

Die Instandsetzung erfolgte nur mit solchen Baumaterialien, die seit jeher in der Region verfügbar waren: Granit, Holz, Ziegel, Eisen und Glas. Auch sollten traditionelle Brennstoffe Verwendung finden, weshalb die Gebäude mit einer Pelletheizung ausgestattet wurden.



Seit Ende 2004 ist das Waldlerhaus an den Dorfverein und den Kreisjugendring zur weiteren Nutzung übertragen. Der Dorfverein trägt außer den Heizkosten sämtliche Nebenkosten. Im Nebengebäude betreibt der Kreisjugendring ein Jugendübernachtungshaus, wobei die Verpflegung eine örtliche Gaststätte übernommen hat.

Erfolge

Das Waldlerhaus ist eine wichtige Einrichtung für die Dorfgemeinschaft geworden: Vereine halten dort ihre örtlichen und überörtlichen Versammlungen ab, die Gemeinde



*Festliche
Einweihung der
Gebäude mit
zahlreichen Ehren-
gästen*

nutzt es für kulturelle Veranstaltungen und Seminare, und die Bürger feiern dort ihre Familienfeste.

Auch das Übernachtungshaus wird sehr gut angenommen. Beiläufig vermittelt es den jugendlichen Gästen außerdem einen Eindruck von der Lebens- und Arbeitsweise vergangener Jahrhunderte.

So zeigt sich in Kirchdorf, dass auch das kulturelle Erbe und die Identität mit dem Ort Ressourcen sind, die einen besonnenen Umgang erfordern. Neben den vielen Erfolgen im Umweltschutz ist ebenso das Waldlerhaus ein wichtiger Baustein für eine nachhaltige Gemeindeentwicklung. Die bedarfsgerechte Kombination von Verfahren und Instrumenten macht Kirchdorf seit Jahren zu einer aktiven Gemeinde.

Kontakt:

*Gemeinde Kirchdorf i. Wald
1. Bürgermeister Alois Wildfeuer
Marienbergstraße 3
94261 Kirchdorf i. Wald
Telefon 09928 940-324
www.kirchdorf-im-wald.de*



Meine Meinung ...

„Ein Baudenkmal nur museal zu erhalten und zu konservieren reicht nicht aus. Vielmehr müssen derartige historische Gebäude in unsere Zeit integriert und mit Leben gefüllt werden. Nur so können wir sie auf Dauer erhalten.“

Alois Wildfeuer, 1. Bürgermeister

*Historischer Stadtkern
mit seinen Fachwerk-
und Barockfassaden*



„Gesunde Stadt“ – Kampagne für Gesundheitsbewusstsein und Wohlbefinden



Stadt Oettingen
in Bayern

Die ehemalige Residenzstadt Oettingen in Bayern hat 5.500 Einwohner und liegt am nördlichen Rand des Ries-Kraters. Noch heute ist ihr historischer Kern von einem staufischen Mauerring umschlossen.

Herausforderung

Der Stadtrat von Oettingen hat im Jahr 1997 den Start einer Kommunalen Agenda 21 beschlossen. Zwei Jahre später wurde eine Agenda 21-Beauftragte berufen. Im Jahr 2001 schließlich wurde einstimmig das Aktionsprogramm „Oettingen auf dem Weg in die Zukunft“ verabschiedet. Zahlreiche Bürger haben sich seither in vier thematischen Arbeitsgruppen mit unterschiedlichen Fragen der Stadtentwicklung befasst. Von Anfang an lag ein Schwerpunkt auf den wirtschaftlichen und sozialen Zielen.

*Die Agenda 21
schafft den
Rahmen für die
„Gesunde Stadt“*



Vom Arbeitskreis „Soziales Netz“ ging die Initiative zu dem Projekt „Gesunde Stadt“ aus. Erfahrungen in Österreich („Gesunde Gemeinde“) hatten gezeigt, dass die Kommunen das Gesundheitsthema mit großem Erfolg an ihre Bürger herantragen können. Daher sollte ein ganzjähriges Programm entwickelt und im Lauf des Jahres 2003 umgesetzt werden. Dafür mussten Partner gefunden, Fragestellungen ausgewählt, Konkretisierungsschritte geklärt und Mitstreiter für die Vorbereitungs- und Durchführungsaufgaben gefunden werden.

Gesunde Stadt

Von Anfang an stieß die Idee zu einer Gesundheitskampagne auf großes Interesse. Es entstand eine Zusammenarbeit mit Gesundheitsdienstleistern wie Kliniken, Krankenpflegeschule, Apotheken, Ärzten, Heilpraktikern und Krankenkassen. Mit von der Partie waren außerdem die Kirchen, Schulen, die Volkshochschule und die Polizei. So konnte ein anspruchsvolles Programm aufgestellt werden, und es fanden im Lauf nur eines Jahres mehr als 60 Veranstaltungen statt. Die Inhalte reichten von Ernährung über einzelne Krankheiten bis hin zur Prävention. Ethische und

religiöse Fragen spielten ebenso eine Rolle wie alternative Heilmethoden. Auf besonderes Interesse stieß beispielsweise eine Podiumsdiskussion über Sucht und Gewalt. Gemeinsam mit der Kriminalpolizei wurden Erscheinungsformen, Verbreitung und mögliche Handlungsansätze dargestellt. Der Höhepunkt der Reihe war schließlich ein eintägiger Gesundheitsmarkt mit Ausstellungen, Vorführungen, Mitmachübungen, Vorträgen und Diskussionen sowie einem Gesundheitsquiz und einem Theaterstück.



Erfolge

Die „Gesunde Stadt“ konnte einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, um in Oettingen das Bewusstsein für die Ressource Gesundheit und persönliches Wohlbefinden zu schärfen. Ein großer Teil der Bevölkerung hat von dem Angebot Gebrauch gemacht und sich mit den Einflüssen auf das eigene Befinden auseinander gesetzt. Dabei ist es den vielen Mitwirkenden gelungen, die Themen informativ und attraktiv aufzubereiten. Nicht zuletzt entstand eine eigene Dynamik, zum Beispiel im Bereich der Prävention: So wurde an den Schulen die Aktion „Gesundes Pausenbrot“ durchgeführt, und es wurden zusätzliche Sportkurse angeboten.

Seit dem Jahr 2005 profitiert Oettingen auch im Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ vom Gemeinschaftsgeist



Viele Veranstaltungen der „Gesunden Stadt“ sprechen auch Kinder und Jugenadliche an

der Agenda 21. In dem Programm werden Lösungen für städtebauliche Probleme unter einer ganzheitlichen ökonomischen, sozialen und ökologischen Perspektive gesucht. Die Aktivierung und Beteiligung der Bürger ist wesentlich und geschieht über Foren wie Lenkungsausschuss und Arbeitskreise sowie durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit. So kommen Agenda-Kultur und Entwicklungsmaßnahmen derzeit auf dieser Schiene zur weiteren Umsetzung.

Kontakt:

Stadt Oettingen i. Bayern
1. Bürgermeister Dieter Paus
Schloßstraße 36
86732 Oettingen i. Bayern
Telefon 09082 709-0
www.oettingen.de



Meine Meinung ...

„Das Agenda 21-Projekt `Gesunde Stadt` war von Anfang an ein Renner. Zu unserer eigenen Überraschung wurden bereits beim ersten öffentlichen Vorbereitungstreffen 29 Angebote für Veranstaltungen und den Gesundheitsmarkt gemacht. Das war schon sehr motivierend.“

Christiane Keller-Rötlich,
damalige Agenda 21-Beauftragte und Projektleiterin

Mobil zu sein ist unverzichtbar geworden und gilt als Ausdruck von Freiheit und Lebensqualität. Allerdings wächst auch der Zwang zur Mobilität, die zurückgelegten Strecken nehmen zu, der Motorisierungsgrad der Bevölkerung steigt, und die transportierte Gütermenge wächst Jahr für Jahr. So liegt die Kehrseite der hohen Mobilität in Belastungen für Luft und Klima, in Lärm und Versiegelung sowie in einer Zersiedelung an den Ortsrändern und einer Überlastung der Innenstädte. Typischer Weise stoßen bei der Verkehrsplanung ganz unterschiedliche Erfordernisse und Interessen aufeinander. Trotz der oft überörtlichen Dimension können aber auch Kommunen Einfluss nehmen auf eine umwelt- und sozialverträgliche Mobilität.

Verkehr – was aktive Kommunen tun können

10 Handlungsansätze aus der Praxis

- **Integrierte Planung.** Verkehrsplanung sollte möglichst nicht isoliert betrachtet, sondern mit anderen Instrumenten verknüpft werden. Vor allem in der Flächennutzungsplanung besteht die Gelegenheit, die Zusammenhänge zwischen Orts- und Verkehrsentwicklung zu berücksichtigen und einen umweltfreundlichen „Verkehrsmix“ anzustreben.
- Eine **verkehrsvermeidende Planung** berücksichtigt den Zusammenhang zwischen Verkehrsaufkommen und Siedlungsstruktur und setzt deshalb von Anfang an auf kurze Wege durch Mischung von Wohnen, Arbeiten und Infrastruktur, auf eine Vielfalt an Verkehrsmitteln, optimale Fuß- und Radwegeerschließung, Stellplatzmanagement etc.
- Eine rechtzeitige **Einbindung der Bevölkerung** zahlt sich später bei der Umsetzung aus. Das kann in Befragungen oder lokalen Verkehrsforen geschehen, und es dient der Klärung von Problemstellungen, der Zielfestlegung sowie einer Verzahnung von Politik, Verwaltung, Fachplanern und Interessensgruppen.
- Die **Lenkung des Individualverkehrs** kann restriktiv oder durch Anreize für die Verkehrsteilnehmer erfolgen: Anreize zum Umsteigen oder Stehenlassen des eigenen Fahrzeugs, indem umwelt-, zeit- und kostengünstige Alternativen geschaffen werden, Restriktionen z. B. durch Unterbinden von Schleichwegen, bauliche Maßnahmen oder Verkehrsführung.
- **Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum.** Die Ansprüche an die Verkehrssicherheit sowie die Aufenthalts- und Gestaltungsqualität im öffentlichen Raum verändern sich. Gestaltungsansätze sind z. B. Tempo-30-Zonen und Verkehrsberuhigung, Platzangebot und Zonierung, Grünelemente, Beläge und Oberflächen oder Straßenbeleuchtung.
- **Anreize für den Rad- und Fußverkehr** zu schaffen bedeutet, diesen komfortabler, sicherer und durchgängiger zu machen. Radfahrer schätzen z. B. witterungsgeschützte und diebstahlsichere Abstellplätze, Fußgänger komfortablere Gehwege, fußgängerfreundliche Ortskerne und sichere Wege zu Schulen und Spielplätzen.
- **Anreize für den ÖPNV** zielen auf die Attraktivität und Leistungsfähigkeit, was z. B. die Qualität des Angebotes (Pünktlichkeit, Sicherheit, Sauberkeit, Bequemlichkeit) und der Haltestellen, die räumliche Verteilung, die Flexibilität und Verfügbarkeit, die Anschluss- und Umsteigequalität oder Fahrgastinformationssysteme betrifft.
- Beim eigenen **Fuhrpark** kann die Kommune eine Vorbildfunktion übernehmen: Indem sie z. B. energieeffiziente, leise und schadstoffarme Fahrzeuge beschafft, alternative Antriebe und Treibstoffe einsetzt und die Mitarbeiter zu kraftstoffsparendem Fahren und Tempolimit anhält oder auch Spritsparkurse anbietet.
- **Mobilitätsberatung und Öffentlichkeitsarbeit** haben die Akzeptanz und Nutzung eines vielfältigen Verkehrsangebotes zum Ziel. Vielfach erprobt sind Mobilitätserziehung in Zusammenarbeit mit Schulen und Kindergärten, Kooperationen mit Umweltbildungseinrichtungen oder zielgruppengerechte Öffentlichkeitsarbeit.
- Durch die **Unterstützung von Bündnissen und Kampagnen** können Kommunen selbst an einem überregionalen und internationalen Erfahrungsaustausch teilnehmen. Zugleich können sie vor Ort Initiativen z. B. für alternative Mobilitätsangebote wie Carsharing unterstützen und auch auf diese Weise zur Bewusstseinsbildung beitragen.

Hemmnisse

Überörtliche und strukturelle Einflüsse

Gebaute städtebauliche Strukturen kann eine Kommune mittelfristig nicht mehr korrigieren. Ebenso hat sie auf die Entstehung überörtlicher Verkehrsströme, die sie tangieren oder sogar zerschneiden, keinen Einfluss. Kontinuierlich nehmen außerdem Freizeitverkehr und Gütertransporte zu.

Individuelle Einflüsse

Für viele Menschen ist ihr Mobilitätsverhalten eine höchst persönliche Entscheidung und Ausdruck individueller Freiheit. Während die einen nicht auf das Auto verzichten möchten, haben andere wiederum mangels Angeboten keine echte Alternative zum motorisierten Individualverkehr, wenn sie ihr Ziel mit vertretbarem Aufwand erreichen wollen.

Kosten und Belastungen von Verkehrsinfrastruktur

Bau und Betrieb von Verkehrseinrichtungen sind meist mit erheblichen Kosten verbunden. Bestehende Infrastrukturen lassen sich daher nicht ohne weiteres verändern, und zusätzliche Leistungen wie z. B. im ÖPNV nicht beiläufig bereit stellen. Maßnahmen zur Weiterentwicklung können außerdem Belastungen nach sich ziehen und damit an anderer Stelle Widerstände auslösen.

Chancen

Integrierte Betrachtung

Die Verkehrsentwicklung zu gestalten anstatt nachträglich zu korrigieren ist am ehesten möglich, wenn dies frühzeitig bei der Flächen- und Siedlungsplanung geschieht. Die verkehrlichen Vorzüge einer gemischten Nutzung können sichtbar gemacht und die verschiedenen Mobilitätsformen ihren Stärken entsprechend aufeinander abgestimmt und optimiert werden.

Betroffene werden zu Beteiligten

In Verkehrsfragen treffen meist unterschiedliche Vorstellungen und Ansprüche aufeinander. Lösungen lassen sich umso eher finden, wenn alle Beteiligten mit fachlicher Unterstützung mögliche Handlungsspielräume erkennen und ausarbeiten. Eine gemeinsame Sichtweise erhöht die Akzeptanz und erleichtert die spätere Umsetzung.

Bündel von Maßnahmen

Einzelne Maßnahmen sind selten ausreichend, um Verkehrsaufkommen und Verkehrsentwicklung auf kommunaler Ebene wesentlich zu beeinflussen. Vielmehr kommt es auf eine Bündelung und Abstimmung von verschiedenen Maßnahmen an, nach Zielgruppen, Mobilitätsformen und räumlicher Verteilung.



Barbing



Gunzenhausen a. Altmühlsee



Rottendorf



Das Rathaus war früher ein Sommersitz der Regensburger Bischöfe

Die Bürger führen Regie beim Straßenumbau



Gemeinde Barbing

Barbing liegt mit seinen acht Ortsteilen etwas unterhalb von Regensburg auf der linken Donauseite. Die Gewerbestandorte im Gürtel der Domstadt bieten den 4.700 Einwohnern reichlich Arbeitsplätze.

Herausforderung

Noch zu Beginn der 1990er-Jahre verlief die Bundesstraße 8 mitten durch Barbing. Auf eineinhalb Kilometern Länge trennte ein täglicher Verkehrsstrom von 22.000 Fahrzeugen den Ort in zwei Teile. Als schließlich eine Umgehungsstraße gebaut worden war, sollte auch die Ortsdurchfahrt neu gestaltet und noch weiter von dem verbliebenen Durchgangsverkehr entlastet werden.

Lebenswerte Dorfstraße

Der Umbau der Ortsdurchfahrt wurde zunächst nicht vom Straßenbauamt oder einem Ingenieurbüro geplant, sondern von den Bürgern Barbings selbst. Dazu gründete sich im Zuge einer Bürgerversammlung der Arbeitskreis „Lebenswerte Dorfstraße“;

entscheidend sollten darin möglichst alle Bevölkerungsgruppen und Interessenslagen vertreten sein. Der Arbeitskreis sammelte zu Beginn die Wünsche und Vorstellungen der Bürger und entwickelte daraus erste Maßnahmenvorschläge für die Straßenumgestaltung. Die Ideen wurden in einer Bürgerversammlung zur Diskussion gestellt, dann weiter bearbeitet und schließlich erneut präsentiert. Auf dieser Grundlage und ab diesem Zeitpunkt waren dann auch Architekten und Ingenieure eingeschaltet, die mit dem Arbeitskreis den Plan für den Umbau fertigten.

Dieses abgestufte und kooperative Verfahren hat bewirkt, dass die Bürger die Umgestaltung als ihr eigenes Werk verstanden und angenommen haben. Aufreibende Auseinandersetzungen über die Planung oder während der Baumaßnahmen blieben den Beteiligten erspart. Aufgrund dieser Erfahrung beschloss der Gemeinderat von Barbing damals, die gesamte weitere Gemeindeentwicklung in enger Abstimmung mit den Bürgern zu planen.

Fortschreibung des Leitbilds

Vor diesem Hintergrund hat die Gemeinde einen Ortsentwicklungsprozess gestartet und die Ziele für Barbing mit den Bürgern erarbeitet und in einem Leitbild festgeschrieben. Dazu wurden zunächst Arbeits-

Bei der Straßeneinweihung nahmen die Bürger ihren neuen Rathausplatz in Besitz



kreise gebildet und die Probleme und Erfordernisse ermittelt. Im Jahr 1999 hat der Gemeinderat dann einstimmig das erstellte Leitbild samt Ideen katalog für die Umsetzung beschlossen.

Seither kamen die Barbinger im Rahmen der Agenda 21 überein, das Leitbild nach einer bestimmten Zeit zu überprüfen und fortzuschreiben. Eine dafür geeignete Vorgehensweise wurde auf einer Klausurtagung erarbeitet, so dass der Gemeinderat die „Zukunftswerkstatt Barbing“ ins Leben gerufen hat. Dazu wurden die Ziele und



Maßnahmen in einem zweijährigen Dialog und auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme im Jahr 2006 neu gefasst. Die Umsetzung des fortgeschriebenen Leitbilds begann mit drei thematischen Schwerpunkten, nämlich Wohnen im Alter, Pflege von Grünflächen und Maßnahmen im Straßenraum.

Erfolge

Barbing hat im Zuge der Agenda 21 in allen Dörfern eine Beteiligung der Bürger gestartet und eine Vielzahl von Projekten umgesetzt. Eine große Rolle hat dabei die Identität der Menschen mit dem Ort gespielt, weshalb neben der unmittelbaren Mitarbeit auch dorf- und kulturgeschichtliche Projekte gefördert wurden. Geachtet wurde weiterhin darauf, dass bei der Ortsentwicklung Geist und Hand gleichermaßen zum Zuge kommen, also nicht entweder nur diskutiert oder nur umgesetzt wird.

Die Bürger sind es mittlerweile gewohnt,



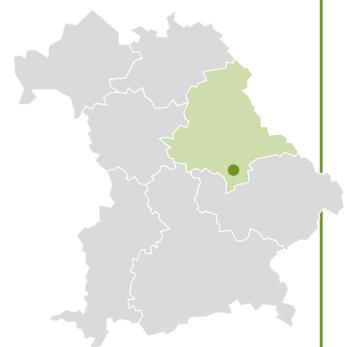
Die „Lebenswerte Dorfstraße“ vor und nach der Umgestaltung

dass ihre Meinung zu wichtigen Themen mittels Fragebögen oder in Bürgergesprächen gehört wird. Durch die Einbindung möglichst vieler und gerade auch kritischer Meinungen wird einer Spaltung der Gemeinde vorgebeugt. Die Zusammenarbeit zwischen den politischen Gremien und den Arbeitskreisen ist eng, denn die Mandatsträger wirken darin selbst aktiv mit. Das Kommunalparlament sichert Ideen und Projekte der Bürger durch geeignete Beschlüsse ab.

Selbstverständlich geworden ist von Gemeindeseite her mittlerweile auch die Unterstützung für engagierte Bürger: Diese haben die Möglichkeit Schulungen und Seminare zu besuchen, sie erhalten externe fachliche Hilfe, auf Transparenz und Information wird Wert gelegt, es ist ein Budget im Haushalt eingeplant, und mit Ausflügen und Festen hat sich schließlich auch eine Anerkennungskultur etabliert.

Kontakt:

Gemeinde Barbing
1. Bürgermeister
Albert Höchstetter
Kirchstraße 1
93092 Barbing
Telefon 09401 9229-0
www.barbing.de



Meine Meinung ...

„Diese Vorstellungen sind alle vernünftig und können ohne Probleme umgesetzt werden.“

Ludwig Böhm, damaliger Leiter des Straßenbauamtes Regensburg zu den Plänen des Arbeitskreises

„Wir müssen es schaffen, dass wir die Menschen einbinden und dass sie sich für ihren Ort interessieren.“

Albert Höchstetter, 1. Bürgermeister

Gunzenhausen: Staatlich anerkannter Erholungsort, Zentrum des Fränkischen Seenlandes und Stadt am Weltkulturerbe Limes



Mobil und klimafreundlich



Stadt Gunzenhausen
am Altmühlsee

Die Stadt Gunzenhausen liegt mitten im Feriengebiet Fränkisches Seenland: Der Altmühlsee reicht bis auf einige hundert Meter an den Ort heran und wird von den 16.800 Einwohnern sowie von Erholungssuchenden gerne genutzt.

Herausforderung

Im Jahr 1997 hat der Stadtrat von Gunzenhausen den Start einer Kommunalen Agenda 21 beschlossen. Die Koordination der Aktivitäten und die Leitung des Runden Tisches „Zukunftsfähiges Gunzenhausen“ liegen bei einer Agenda-Sprecherin. Die Stadt stellt für diese Aufgabe ein eigenes Stundenbudget zur Verfügung.

Neben einer Reihe weiterer Themen spielen Lebensqualität und sanfter Tourismus eine wichtige Rolle, und darin wiederum die Attraktivität des Radwegenetzes und dessen Weiterentwicklung. Sowohl für die Gunzenhauser als auch für Urlaubsgäste soll das Mobilitätsangebot verbessert und eine Umsteigemöglichkeit vom Auto angeboten werden.

Fahrradfreundliche Stadt

Die Agenda-Gruppe „Fahrrad“ hat Vorschläge für die Entwicklung zu einer fahrradfreundlichen Stadt erarbeitet. Dazu erfolgte zunächst eine Bestandsaufnahme über die Verkehrssituation und die Bedürfnisse

Zentraler
Omnibusbahnhof
am Bahnhofs-
vorplatz



der Radfahrer. Im Rahmen einer Ideenbörse wurden die Verkehrsteilnehmer zu Vorschlägen für Verbesserungen aufgefordert. Außerdem fanden an neuralgischen Punkten Ortsbegehungen mit Ordnungsamt, Polizei und Stadtbauamt statt. Auf dieser Grundlage wurden Maßnahmen erarbeitet, die erneut mit dem Stadtbauamt abgestimmt wurden.

Seither konnten Schritt für Schritt und im Lauf mehrerer Jahre eine Reihe von Verbesserungen verwirklicht werden: Es wurden Radschutzstreifen aufgebracht, Radwege neu markiert, kombinierte Fuß- und Radwege ausgewiesen, Überquerungshilfen angebracht, überflüssige Schilder abmontiert und Fahrradboxen und Fahrradständer aufgestellt.



Attraktive Stadtbuslinien

Parallel dazu hat die Verwaltung seit Ende der 1990er-Jahre gemeinsam mit Bürgern und Fachplanern Verbesserungen für die beiden Stadtbuslinien entwickelt. Das Ziel war es auch hier gewesen, eine bequeme Alternative zum Auto zu schaffen und das Angebot insgesamt kundenfreundlicher zu gestalten. Zu den schrittweise eingeführten Maßnahmen zählten ein halbstündlicher Bustakt und die Verdichtung und bessere Ausstattung der Haltestellen. Die Bedürfnisse gehbehinderter Menschen sollten besonders berücksichtigt werden. Eine Ampelvorrangschaltung trug außerdem dazu bei, die Pünktlichkeit im Stadtverkehr sicher zu stellen.

Das erneuerte Stadtbussystem wurde schließlich noch um ein Anrufsammel- und Linienbedarfstaxi sowie um eine Kirchweihbuslinie ergänzt. Ein zentraler Omnibusbahnhof verbesserte zudem den Übergang zu überörtlichen Linien und zur Eisenbahn.

Erfolge

Mittlerweile nutzen rund 220.000 Fahrgäste im Jahr das Stadtbusangebot, und in der Fläche konnten zusätzliche Fahrgäste für den ÖPNV gewonnen werden. Verwirklicht wurde zudem eine weitere Maßnahme im Sinne des Agenda-Mottos „Mobil bleiben – Energie sparen“: Der Agenda-Arbeitskreis „Energie“ hat die Durchführung von Spritsparkursen angeregt und in Kooperation mit einer örtlichen Fahrschule und der Stadtverwaltung durchgeführt.

Nach den verkehrlichen Maßnahmen im innerörtlichen Bereich ist der Beitrag der Agenda auf diesem Feld noch nicht beendet: Derzeit werden Ideen gesammelt und Vorschläge erarbeitet, wie kurzfristig und kostengünstig die Lücken im Radwegenetz, welches die Stadt mit dem Seenland verbindet, geschlossen werden könnten.

Der Nikolaus beschenkt den Stadtbuspassagieren eine Kleinigkeit

Meine Meinung ...

„Eine rege Bürgerbeteiligung hilft den Politikern, sich besser auf die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen einzustellen. Durch den Stadtbusverkehr und das Radwegekonzept bleiben unsere Bürgerinnen und Bürger mobil.“

Gerhard Trautner, Altbürgermeister

Kontakt:

Stadt Gunzenhausen

1. Bürgermeister Joachim Federschmidt

Marktplatz 23

91710 Gunzenhausen

Telefon 09831 508-102

www.gunzenhausen.de



Eröffnungsfest für
einen Kinderspielplatz
im Sommer 2003



Die Mitverantwortung der Bürger wird zum Leitprinzip



Gemeinde Rottendorf

Rottendorf liegt in Mainfranken und grenzt an das östliche Stadtgebiet von Würzburg an. Die verkehrsgünstige Lage hat die Gemeinde mit 5.700 Einwohnern und 3.700 Arbeitsplätzen zum derzeit größten Gewerbestandort im Landkreis Würzburg gemacht.

Herausforderung

Bis zum Jahr 1989 führte die ehemalige Bundesstraße 8 quer durch den Ort. Ihre Verlagerung bot die Chance zur Aufhebung der Trennwirkung und zur Neuplanung der Ortsdurchfahrt. Dafür galt es Planungsziele und ein Verkehrskonzept zu erstellen, und bereits damals sollten die Bürger mit eingebunden werden. In den folgenden Jahren kamen weitere Entwicklungsaufgaben hinzu, bei denen Verkehrsthemen ebenfalls eine große Rolle spielten.

Förderung der Mobilität im Ort

Mit der Verlegung der Bundesstraße bildeten der südliche und der nördliche Ortsteil

zunächst wieder eine Einheit. Es waren aber eine Reihe weiterer Maßnahmen erforderlich, um Mobilität und Lebensqualität zu verbessern. Dazu zählte eine Verkehrsberuhigung der Wohnbereiche und deren Abkoppelung von der Erschließung des Gewerbegebietes. Innerorts entstand entlang der Geschäfte eine „Dienstleistungsachse“ mit breiten Gehwegen, viel Grün und gestalteten Freiräumen.

Mit Rat und Tat der Bürger wurde außerdem ein kostenloser Einkaufsbus für die älteren Menschen eingerichtet, der ehrenamtlich gefahren wird. Auch die Buslinienführung wurde optimiert. Ins Leben gerufen haben die Rottendorfer außerdem eine Fahrkartenbörse und eine Verkehrsüberwachung. Zusätzlich werden die Rad- und Wanderwege ausgebaut und besser miteinander vernetzt.

Städtebaulicher Rahmenplan

In den Jahren 2003 und 2004 wurde ein städtebaulicher Rahmenplan erstellt. Darin wurden die Gestaltungsvorstellungen der Gemeinde entwickelt, welche im Zuge der anstehenden Straßen- und Kanalsanierung verwirklicht werden sollten. Den Auftakt dazu bildete eine Bürgerversammlung: Die Vorstellungen der Bürger wurden erfragt, das Vorhaben wurde auf die Ziele im vorhandenen Leitbild hin abgeklöpft, und

Leitbilddiskussion
im Sommer 2002



Arbeitskreise zu den Themen „Verkehr“ und „Gestaltung“ haben sich gebildet. Zusammen mit der Verwaltung haben im weiteren Verlauf mehr als 120 Bürger Vorschläge für den jeweils südlichen und nördlichen Ortsteil erarbeitet. Fachlich hat sie dabei im Auftrag der Gemeinde ein Architekturbüro unterstützt. Die Ergebnisse wurden im Gemeinderat vorgestellt und von diesem befürwortet. Anschließend wurden die Planungen ausgelegt, überarbeitet und zuletzt vom Gemeinderat genehmigt. Seitdem ist die schrittweise Umsetzung der Gestaltungsziele im Gange.



Erfolge

In Rottendorf ist es gelungen, die Bürger in kommunalpolitische Entscheidungen einzubinden und für eine breite Mitarbeit zu gewinnen. Dieser Erfolg beruht ganz wesentlich auf transparenten Arbeitsstrukturen, einer guten Organisation und einer abgestimmten Vorgehensweise zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung. Eine Schlüsselrolle hat der Agenda 21-Beirat, in dem die Sprecher der Arbeitskreise, der Bürgermeister und ein Verwaltungsmitglied vertreten sind. Diese bestimmen aus ihrer Mitte einen ehrenamtlichen Geschäftsführer, der die Agenda 21-Arbeit koordiniert und den Gemeinderat informiert. Die Gemeinderäte haben die Kommunale Agenda 21 mit einem Beschluss im Jahr 1998 abgesichert. Sie erhält zudem von Gemeindegeseite her vielfache Unterstützung, zum Beispiel durch die Einplanung eines

jährlichen Budgets. Eine beständige Öffentlichkeitsarbeit sorgt dafür, dass die Agenda 21-Idee und die Themen im Bewusstsein der Menschen bleiben.

In Rottendorf setzt die Agenda 21 nicht nur konkrete Projekte um, sondern sie leistet auch Grundlagenarbeit. So wurden im Jahr 2002 nach eineinhalb Jahren Vorbereitung die „Leitlinien für eine nachhaltige Weiterentwicklung der Gemeinde Rottendorf“ formuliert und beschlossen. Im nächsten Schritt wurden zu den Leitlinien geeignete Indikatoren entwickelt. In einem dritten Schritt wurde schließlich ein Nachhaltigkeitsbericht erarbeitet und im Jahr 2006 veröffentlicht. An seiner Erstellung haben sich rund 60 Bürger beteiligt. Er zeigt mit einer Bewertung der Leitlinien für insgesamt 23 Handlungsfelder die Chancen einer nachhaltigen Entwicklung für Rottendorf auf.

*Links:
Informationsstand der Rottendorfer Agenda 21 bei der Jugendversammlung 2005*

*Unten:
die Dienstleistungsachse verbindet die Ortsteile*

Meine Meinung ...

„Fazit nach fast sieben Jahren Agenda-Arbeit in Rottendorf: Ich bin begeistert und würde es genau so wieder angehen.“

Rainer Fuchs, 1. Bürgermeister, anlässlich der Bürgermeisterkonferenz zur Kommunalen Agenda 21 am 11.4.2005 in Rottendorf

„Es war und ist richtig und notwendig, die wesentlichen Schritte in der Agenda 21-Arbeit durch den Gemeinderat zu beschließen oder zu genehmigen: auf diesem Weg werden sie auf eine verbindliche Grundlage gestellt.“

Horst Dietzer, geschäftsführendes Mitglied des Agenda 21-Beirates

Kontakt:

Gemeinde Rottendorf
1. Bürgermeister Rainer Fuchs
Am Rauthaus 4
97228 Rottendorf
Telefon 09302 9090-24
www.rottdorf.eu



Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet, den Unternehmenszweck langfristig und mit einer ausreichenden Wertschöpfung zu erzielen. Die Sicherung der sozialen und ökologischen Voraussetzungen dafür ist wesentlicher Bestandteil der Unternehmensstrategie. Nachhaltiges Unternehmertum bekennt sich darüber hinaus zu besonderen Anforderungen an die Unternehmensführung („Corporate Good Governance“) und an soziale und ökologische Standards („Corporate Social Responsibility“). Kommunen haben eine doppelte Rolle: Mit ihren vielfältigen Leistungen sind sie selbst Unternehmer und Marktteilnehmer, und als örtliche Regierung gestalten sie die Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Wirtschaften mit.

Wirtschaft – was aktive Kommunen tun können

10 Handlungsansätze aus der Praxis

- **Umweltmanagementsysteme** helfen dabei, umwelt- und kostenrelevante Einsparmöglichkeiten zu ermitteln und zu realisieren und betriebliche Abläufe zu verbessern. Sie kommen in Unternehmen, aber auch in Verwaltungen zum Einsatz. Neben ISO 14.001 oder ÖKO-PROFIT gehört EMAS zu den verbreitetsten Instrumenten.
- **Kommunale Beschaffung.** Die öffentliche Hand gibt jedes Jahr große Summen für die Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen aus. Dabei legen Kommunen vermehrt ökologische und soziale Kriterien an, sei es bei Verbrauchsmaterialien, der Büroausstattung, beim Fuhrpark, beim Bezug von Strom, beim Catering oder bei Baustandards.
- **Leitbilder und Stadtmarketing.** In Leitbildern formulieren Kommunen unter Bürgermitwirkung und mit Hilfe von Stärken-Schwächen-Analysen Ziele und Strategien für die Zukunft. Der Leitbildprozess kann mit einem Stadtmarketing verbunden werden, um die Ergebnisse (Visionen, Umsetzungsmaßnahmen etc.) auch für die Eigenwerbung zu nutzen.
- **Weiche Standortfaktoren.** Unternehmen machen ihre Investitions- oder Ansiedelungsentscheidungen auch von weichen Standortfaktoren abhängig. Dazu zählt die Lebensqualität vor Ort, z. B. das Bildungs-, Freizeit- und Kulturangebot, aber auch die Identität. Je lebendiger ein Gemeinwesen ist, um so attraktiver ist es auch als Wirtschaftsstandort.
- **Sponsoring.** Unternehmen, die soziale Verantwortung auch außerhalb des Betriebs wahrnehmen, sind eine große Chance für die Kommunen. Indem sie bürgerschaftliches Engagement vor Ort unterstützen, verstärken sie die Bindungen zu Mitarbeitern, Institutionen und Bewohnern.
- **Unternehmensnetzwerke.** Im Zuge der Agenda 21 von Rio sind auf lokaler Ebene auch Arbeitsgruppen und Netzwerke von Unternehmen entstanden. Erfolg versprechend ist die Beteiligung von Verwaltung und Kammern. Die Netzwerke dienen sowohl dem internen Austausch als auch dem Start von Initiativen und Kampagnen.
- **Regionale Wirtschaftskreisläufe** sollen die Wertschöpfung in der Region erhöhen, Beschäftigung sichern, Qualität und Transparenz bei den Produkten steigern und natürliche Ressourcen schonen. Kommunen leisten dazu als Konsument, aber auch als Unterstützer von Initiativen (z. B. Gütesiegel, regionale Märkte, Öffentlichkeitsarbeit) einen Beitrag.
- **Sanfter Tourismus.** In vielen Regionen ist der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftszweig. Kommunen haben einige Hebel, diesen naturnah und hochwertig weiter zu entwickeln, indem sie mit den Betroffenen Ziele und Qualitätsstandards formulieren, den Außenauftritt unterstützen oder Anreize für private Investitionen setzen.
- **Ausbildungsplätze.** Kommunen können Jugendliche beim Einstieg in den Beruf unterstützen. Die mittlerweile verbreiteten Bildungspatenschaften werden häufig aus der Agenda 21 heraus angestoßen. Die Ansprache von Betrieben oder zusätzliche Vermittlungswege wie regionale Ausbildungstage haben sich ebenfalls bewährt.
- **Nachhaltiger Konsum.** Die Verbraucher haben mit ihren täglichen Kaufentscheidungen großen Einfluss auf die Qualität der Waren und die Folgen des Konsums. Ein nachhaltiger Konsum braucht aufgeklärte Verbraucher, was durch Angebote zur Verbraucherbildung unterstützt werden kann.

Hemmnisse

Begrenzte Einflussmöglichkeiten

Auf zentrale Faktoren wie den globalen Wettbewerbsdruck, Entscheidungen in fernen Konzernzentralen, Wechselkurse oder unternehmerisches Geschick hat die Kommune keinen Einfluss. Umso wichtiger ist es, eine Vielfalt an Betriebsgrößen und Branchen anzustreben.

Langfristigkeit der Standortentwicklung

Eine Kommune als Standort aufzubauen, Kompetenzen zu schaffen und eine aktive Haltung zu etablieren, beansprucht Zeit und Mühe. Profil und Agilität müssen, sobald gewonnen, gepflegt und entwickelt werden. Jenseits vom Alltagsgeschäft sind dazu Strategie, Offenheit und Management nötig.

Festhalten am Gewohnten

Die Umsetzung einer Nachhaltigen Entwicklung erfordert ein verändertes Denken, setzt andere Standards und verwirklicht neue Qualitäten. Das Abweichen von Routinen, Ablösen von Gewohntem und das Aufheben von Widersprüchen vollzieht sich meist in Schritten und wird zunächst von nur wenigen mit getragen.

Chancen

Aktives Gemeinwesen

Eine aktive Kommune ist am ehesten in der Lage, eine gemeinsame Entwicklungsstrategie zu formulieren, zielgerichtet danach zu agieren und flexibel auf Entwicklungen zu reagieren. Die „Vitalität“ einer Kommune kann im Standortwettbewerb der entscheidende weiche Faktor sein.

Zusätzliche Wertschöpfungspotenziale

Die Potenziale einer Region – naturräumlich, kulturell, strukturell – gilt es zu erkennen und zu nutzen. Beispiele für neu entdeckte Wertschöpfungsquellen sind Energie und Klimaschutz mit den Möglichkeiten der dezentralen Energiegewinnung sowie den Potenzialen von Einsparung und Sanierung.

Lokale Netzwerke

Netzwerke dienen als Plattform für gemeinsame Ziele, den Erfahrungsaustausch und um aktiv Impulse nach außen zu setzen. Betrieblicher Umweltschutz sowie Nachhaltigkeitsstreben führen vielerorts Unternehmer und Vertreter aus den Kommunen zu Netzwerken zusammen; ÖKOPROFIT-Runden sind hier Beispiel gebend.



Dietfurt a. d. Altmühl



Hemau



Herrsching a. Ammersee

Dietfurt, die
„Siebentalerstadt“
im Altmühltal



Die Potenziale der Region gemeinsam nutzen



Stadt Dietfurt
an der Altmühl

Die Stadt Dietfurt mit ihren 6.100 Einwohnern liegt im Naturpark Altmühltal, wo drei Regierungsbezirke aneinander grenzen. Der naturnahe Tourismus mit Angeboten zum Wandern und Radfahren beschert jahrllich 100.000 Übernachtungen.

Herausforderung

Der Stadtrat von Dietfurt hat im Jahr 1999 beschlossen, die Bürger stärker in gemeindliche Entscheidungsprozesse einzubinden und Nachhaltige Entwicklung in den Vordergrund zu stellen. Bestehende Aktivitäten und laufende Programme wie die Stadt-sanierung oder die Dorferneuerung sollten besser verknüpft und zusätzliche Aktionen angestoßen werden. Möglichst viele Bürger sollten sich mit ihrem Wissen und ihrem Engagement einbringen können.

Dazu wurde ein Agenda 21-Prozess gestartet, dessen Motor bis heute der Arbeitskreis „Umwelt und Heimat“ ist. Parallel dazu schritt die interkommunale Kooperation im

Rahmen von „Jura 2000“ mit vielfältigen Maßnahmen voran. Das Ziel war und ist es, die Potenziale der ländlich geprägten Region aktiv zu erschließen.

Regionale Wirtschaftskreisläufe

Vor dem Hintergrund des touristischen Potenzials einerseits und der hohen Auspendlerzahlen andererseits haben sich im Jahr 1997 die vier Gemeinden Beilngries, Berching, Breitenbrunn und Dietfurt zu „Jura 2000“ zusammen geschlossen. Die interkommunale Allianz wirbt nicht nur gemeinsam für den Fremdenverkehr, sondern möchte auch die regionale Wertschöpfung steigern. Dazu sollen Naturschutz, Landwirtschaft und Handwerk stärker miteinander verknüpft werden. Dem dient unter anderem das Projekt „Lebensqualität durch Näher“, das auf eine umfassende Nahversorgung zielt.

Im Bereich der erneuerbaren Energien wurde eine zusätzliche Absatzmöglichkeit für örtliche Waldbauern geschaffen, indem die Heizungsanlage in der Schule auf den Betrieb mit Hackschnitzel umgestellt wurde. Ein Teil der Ausgaben für Energie verbleibt damit in der Region. Weitere Maßnahmen wie die Einführung regionaler Speisekarten nützen neben Herstellern und Verarbeitern der Lebensmittel auch dem Profil der Tourismusregion.

Das Rathaus
im historischen
Stadtkern
von Dietfurt



Schutz des Trinkwassers

Sauberes Trinkwasser ist nicht allein ein Gebot zum Schutz von Gesundheit und Umwelt, sondern seine kostengünstige Verfügbarkeit ist auch ein ökonomischer Faktor. So wurde im Rahmen des jährlichen Agenda 21-Umwelttages auch die Gefährdung der Trinkwasserbrunnen als Thema aufgegriffen. Gemeinsam mit der Wasserwirtschaftsverwaltung konnte der Bevölkerung in einem Färbeversuch die Anfälligkeit der unterirdischen Wasserströme im Karstgebiet vor Augen geführt werden.



Im Zuge dieser Bewusstseinsbildung ist es gelungen, Vereine und Bürger als Paten für Dolinen zu gewinnen, also für jene trichterförmigen Senken im Karst, über die Oberflächenwasser sehr rasch in den Untergrund gelangt. Die Stadt hat ihrerseits Flächen um Dolinen herum gekauft und zudem die verschiedenen Anspruchsgruppen beim Grundwasserschutz zur weiteren Abstimmung an einen Tisch gebracht.

Erfolge

Der Arbeitskreis der Agenda 21 hat sich in Dietfurt mittlerweile als Plattform für eine Bürgerbeteiligung etabliert. Seine Mitglieder bringen sich mit Informationen und Überlegungen zu einzelnen Themen in die Stadtratsarbeit ein und erhalten umgekehrt auf verschiedene Weise Unterstützung von der Stadt. So werden zum Beispiel die Öffentlichkeitsarbeit oder der jährlich ausgerichtete Umwelttag gefördert. Zur Institution geworden, beteiligen sich daran etwa 30



Reste der historischen Bewässerungsanlage, dem sogenannten „Schwall“

Stände, die über 1.000 Besucher anziehen. Ein besonderes Projekt des Arbeitskreises war die Restaurierung verfallener Bewässerungsanlagen entlang der Lauer, sogenannter Laberschwalle. Zu deren Erhaltung haben auch hier Vereine mittlerweile Patenschaften übernommen, um das kulturhistorische Denkmal als Teil der Ortsgeschichte zu sichern.

Insgesamt setzt Dietfurt auf verschiedene Programme und Initiativen und nutzt diese zur Aktivierung von Engagement und neuen Ideen. Bei den Menschen ist ein Bewusstsein dafür entstanden, dass es nicht ausreicht, Forderungen an die Stadt zu stellen, sondern dass es darum gehen muss, gemeinsam zu tragfähigen Lösungen zu gelangen.

Links: Eindrücke vom Umwelttag in Dietfurt

Meine Meinung ...

„In Dietfurt erleben wir, dass sich eine aktive Beteiligung am politischen und gesellschaftlichen Leben der Gemeinde lohnt. Der Wille zur Zusammenarbeit ist sowohl im Stadtrat wie auch in der gesamten Bevölkerung deutlich gestiegen.“

Franz Stephan, 1. Bürgermeister

„Die Schönheit und die Qualität der Natur sollen bei uns erhalten bleiben; dieses Empfinden vermitteln wir bereits unseren Kindern. Sich dafür einzusetzen lohnt sich und macht Freude.“

Carolin Braun, stv. Landrätin und Sprecherin des Agenda-Arbeitskreises „Umwelt und Heimat“

Kontakt:

Stadt Dietfurt a. d. Altmühl
1. Bürgermeister Franz Stephan
Hauptstraße 26
92345 Dietfurt a. d. Altmühl
Telefon 08464 6400-0
www.dietfurt.de





Die Agenda 21 hat den Tannenbaumweiher wieder in ein Schmuckstück verwandelt

Harte und weiche Standortfaktoren pflegen



Stadt Hemau

Die Stadt Hemau ist eine Flächengemeinde mit 64 Ortsteilen und 8.800 Einwohnern. Etwa 25 Kilometer von Regensburg entfernt, liegt sie zwischen den Flüssen Altmühl und Schwarze Laber auf einem waldreichen Höhenrücken.

Herausforderung

Nachdem der Stadtrat von Hemau einstimmig den Start einer Kommunalen Agenda 21 beschlossen hatte, rief er die Bürger zur Mitarbeit und zur Verständigung über gemeinsame Zukunftsfragen auf. Bei der Auftaktveranstaltung im Jahr 2000 bildeten sich vier Arbeitskreise, die neben einzelnen Projekten auch die Erstellung eines Leitbilds in Angriff nahmen. Über mehr als zwei Jahre hinweg wurde zunächst eine Bestandsanalyse erstellt und wurden darauf aufbauend Ziele und Maßnahmen für die künftige

Entwicklung erarbeitet. Das fertige Werk, an dem rund 50 Bürger mitgewirkt haben, hat sich der Stadtrat ebenfalls einstimmig zu eigen gemacht.

Das Leitbild befasst sich ausdrücklich auch mit den Bereichen von Arbeit und Wirtschaft: Die Verwaltung hat es sich zur Aufgabe gemacht, Unternehmen zu unterstützen, die Gewerbetreibenden sollen durch die Kooperation untereinander ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken, und qualifizierte Arbeitsplätze sollen dauerhaft erhalten und neu hinzu gewonnen werden.

Wachstumschancen für Betriebe sichern

Nachdem Hemau seit dem Zweiten Weltkrieg bereits Wachstumsschübe erlebt hat, steuert die Stadt heute die Entwicklung konsequent durch Baulandausweisung und Erschließung. Zu ihren Grundsätzen zählt es, Grundstücksspekulation zu unterbinden, bauwilligen Bürgern aus dem Ort günstig Bauland zur Verfügung zu stellen, ortsansässigen Betrieben Wachstumsmöglichkeiten zu eröffnen und Abwanderung zu vermeiden. Durch eine entsprechende Baulandpolitik konnten einige Handwerksbetriebe neu angesiedelt werden und sich angestammte Unternehmen vergrößern.

Der Solarpark wurde im April 2003 in Betrieb genommen



Flächenkonversion zum Solarpark

Eine besondere Herausforderung stellt die Flächenkonversion für den im Jahr 2003 aufgegebenen Bundeswehrstandort dar. Gilt es doch für rund 200 ha Fläche eine neue Nutzung zu finden.

Für das etwa 18 ha große ehemalige Munitionslager konnte bereits ein Investor gefunden werden, der einen Solarpark mit über 32.000 Solarmodulen errichtete. Die Spitzenleistung von vier Megawatt machte die Anlage zum Zeitpunkt ihrer Inbetriebnahme im April 2003 zum weltweit größten Photovoltaikkraftwerk. Die Stadt hat diese Ansiedelung nach Kräften unterstützt.



Erfolge

Die Erarbeitung des Leitbilds durch die Bürger hat in Hemau zu einer höheren Akzeptanz der politischen Entscheidungen bei der Bevölkerung geführt: Beschlüsse des Stadtrats, die in Übereinstimmung mit den Leitziele stehen, können sich auf die gemeinsam gewonnene Orientierung stützen. Aber auch die Vielzahl weniger grundlegender Maßnahmen hat zu einer Bewusstseinsänderung beigetragen. Auf dem Feld von Energieeinsparung und Klimaschutz haben zum Beispiel die Angebote an Informationsveranstaltungen, zur Energieberatung und die Energiespartipps die Bürger zu zahlreichen Investitionen bei Heizung und Dämmung veranlasst. Für das Gemeindeleben, den Zusammenhalt und die Identität der Bürger ging vom Umbau des lange Jahre ungenutzten

Zehentstadels zu einem Kultur- und Begegnungszentrum ein wichtiger Impuls aus: Zahlreiche Veranstaltungen erhöhen den Freizeitwert, und für Vereine, aber auch für private Anlässe, stehen geeignete Räume



zur Verfügung. Ein wichtiger Teil des historischen Erbes der Stadt kann so durch eine zeitgemäße Nutzung erhalten werden. Diese positiven Einflüsse auf das Gemeinwesen und die dadurch wiederum freigesetzte Engagementbereitschaft werden in Hemau als ebenso wichtige, nämlich weiche Standortfaktoren angesehen.



Oben: Agenda 21 „Neulinge“ haben sich in einem 2-tägigen Seminar auf ihre Arbeit vorbereitet

Links: Übergabe des Agenda 21-Leitbilds an den 1. Bürgermeister

Meine Meinung ...

„Das Leitbild für Hemau wird in den kommenden Jahren unsere Richtschnur sein für die politischen Entscheidungen im Stadtrat und in der Verwaltung.“

Hans Pollinger, 1. Bürgermeister

„Heute ist es für den Mittelstand wichtig, nicht nur über Risiken zu klagen, sondern auch die Chancen zu erkennen und zu nutzen.“

Peter-Georg Schuhknecht, Unternehmensberater

Kontakt:

Stadt Hemau
1. Bürgermeister Hans Pollinger
Propsteigaßl 2
93155 Hemau
Telefon 09491 9400-0
www.hemau.de



Viele Kinder in Chatra, der indischen Partnergemeinde Herrschings, müssen arbeiten anstatt zur Schule zu gehen



Leben in der Einen Welt – die globale Perspektive



Gemeinde Herrsching
am Ammersee

Herrsching hat 10.000 Einwohner und liegt am Ostufer des Ammersees. Insbesondere für die Menschen im Großraum München ist der Ort unterhalb des Klosters Andechs ein beliebtes Ausflugs- und Erholungsziel.

Herausforderung

Die Gemeinde Herrsching ließ sich im Jahr 1997 den Leitfaden „Die umweltbewußte Gemeinde“ vorstellen und überlegte, wie nachhaltige Handlungskonzepte aufgestellt und die Bürger zur Mitarbeit gewonnen werden könnten. In der Folge wurde der Start einer Kommunalen Agenda 21 beschlossen, und es bildeten sich sechs Arbeitskreise. Diese hatten innerhalb von zwei Jahren ein Leitbild und ein Aktionsprogramm erstellt. Mit der Verabschiedung des Leitbilds durch den Gemeinderat begann die eigentliche Umsetzung in konkrete Projekte. Dabei hatte das Leitbild die Messlatte für die künftige Entwicklung hoch gehängt, und für alle Seiten galt es das notwendige

Vertrauen zu erarbeiten. Der thematische Umsetzungsschwerpunkt lag und liegt in Herrsching auf den Bereichen Wirtschaft und Eine Welt.

Ökopartnerschaft Herrsching

Gemeinsam mit dem Gewerbeverband ist der Agenda 21-Arbeitskreis „Wirtschaft“ auf die örtlichen Betriebe zugegangen. Die Unternehmen sollten die Möglichkeit erhalten, mit einem vereinfachten Umweltcheck Einsparpotenziale zu ermitteln, um nicht nur den Ressourcenverbrauch, sondern auch die Kosten zu senken. Acht Betriebe ließen sich beraten, drei davon schlossen außerdem eine Zertifizierung nach EMAS an, einem hochklassigen standardisierten Umweltmanagementsystem.

Lebensstile und globale Verantwortung

Der Arbeitskreis „Lebensstile / Eine Welt“ hat zahlreiche Aktionen durchgeführt, die das Konsumverhalten der Menschen in einen globalen Zusammenhang rückten. Dazu kooperiert die Agenda bis heute eng mit dem Verein „Indienhilfe“ aus Herrsching. Zusätzliche Rückendeckung verschafft dem Thema die Städtepartnerschaft der Gemeinde mit dem indischen Chatra. Zur Bewusstseinsbildung für faire Handels-

Bürger, Politik und Verwaltung arbeiten zusammen, damit sich Herrsching liebens- und lebenswert entwickelt



beziehungen wurden im Lauf der Jahre Informationskampagnen über Textilproduktion, Blumenerzeugung und Papierherstellung durchgeführt. Eine andere Initiative hatte die Verarbeitung fair gehandelter Mangos zum Ziel: Gemeinsam mit einer regionalen Kelterei wurde ein Apfel-Mango-Saft auf den Markt gebracht. Dadurch lässt sich ein ganz konkreter Wertschöpfungsbeitrag erzielen, der u. a. einer philippinischen Kinderschutzorganisation zugute kommt. Das gegenseitige Verständnis für fremde Kulturen wird insbesondere durch das

Erfolge

Bereits vor drei Jahren hat in Herrsching der Gemeinderat beschlossen, für die Kommune keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu kaufen. Umso mehr soll der Absatz regionaler Produkte gesteigert werden, wozu unter anderem seit Ende 1999 der „Herrschinger Reparatur- und Einkaufsführer“ Anregungen gibt. Die Mitwirkung am „Tag der Regionen“ verschafft dem regionalwirtschaftlichen Ansatz darüber hinaus Aufmerksamkeit. Das Leitbild aus dem Jahr 1999 wird nach



Der Naturraum Ammersee ist Herrschings wirtschaftliche Stärke – er soll auch auf lange Sicht keinen Schaden nehmen

Informations- und Begegnungsprogramm mit der Partnergemeinde Chatra gefördert; es werden sowohl Schulpartnerschaften als auch ein Erfahrungsaustausch zwischen der Administration organisiert. Das mit einer Nachhaltigen Entwicklung verbundene Gebot zur globalen Verantwortung ist in Herrsching damit sehr konkret und vielfältig umgesetzt worden.

sieben Jahren weiterentwickelt. Die Mandatsträger haben sich deshalb zunächst in Klausur zu einem Workshop über die Entwicklungsziele der Gemeinde begeben. Auf dieser Grundlage soll eine breit angelegte Debatte über das Leitbild mit Bürgern, Organisationen und Unternehmen stattfinden. Die Kritik aus der Vergangenheit am Leitbild mündet so in einen neuen Schritt der Verständigung über die nachhaltige Zukunft Herrschings.

Kontakt:

Gemeinde Herrsching a. Ammersee
1. Bürgermeister Christian Schiller
Bahnhofstraße 12
82211 Herrsching a. Ammersee
Telefon 08152 374-0
www.herrsching.de



Meine Meinung ...

„Die Kommunale Agenda 21 als überparteiliche und ungebundene Bewegung schafft es, festgefahrene Positionen ein Stück weit aufzulösen und übergreifende Kooperationen anzustoßen.“

Elisabeth Kreuz,
Koordinatorin der Agenda-Arbeitskreise

Ohne Energie geht nichts. Menschen nutzen sie in Form von Strom und Wärme, Kraft und Antrieb, Kühlung und Nahrung. Die gängigen Energieträger sind jedoch nur begrenzt vorhanden, und längst ist ein globaler Wettbewerb um ihre Nutzung entbrannt. Der Verbrauch der fossilen Energieträger ist außerdem mit der Emission von Treibhausgasen verbunden, die das Klima verändern. Die Verschiebungen bzw. Schwankungen von Temperatur und Niederschlägen wirken sich längst nicht nur auf Ökosysteme aus. Extreme Wetterereignisse wie Hitzewellen, Stürme, Hochwässer und Dürren verursachen auch enorme volkswirtschaftliche Schäden und beeinträchtigen die Lebensqualität. Klimaschutz ist daher zur Jahrhundertaufgabe für die Umweltpolitik geworden.

Klimaschutz – was aktive Kommunen tun können

10 Handlungsansätze aus der Praxis

- Im **kommunalen Energiemanagement** befasst sich eine Kommune systematisch mit ihrem Energieeinsatz: Energieerzeugung und Energienutzung sollen unter Umwelt- und Kostenaspekten optimiert werden. Das Ziel ist es Energie einzusparen, rationelle Techniken einzusetzen und Abläufe zu verbessern.
- Nirgendwo lässt sich so wirksam CO₂ einsparen wie im Gebäudebereich. Die **Sanierung kommunaler Liegenschaften** bietet zur energetischen Optimierung viele Ansatzpunkte, seien es Dämmung, Heizung oder Steuerungstechnik. Sie hat zudem eine große Vorbildwirkung für die Bürger, um selbst aktiv zu werden.
- **Kommunale Klimaschutzkonzepte** gehen über das Energiemanagement noch einen Schritt hinaus, indem sie auch den privaten und gewerblichen Bereich berücksichtigen. Sie beschreiben Verbrauchs- und Versorgungsstrukturen, analysieren Einspar- und Entwicklungspotenziale und entwickeln Strategien und Maßnahmen für die gesamte Kommune.
- Auf örtlicher Ebene sind viele Maßnahmen für eine **klimafreundliche Mobilität** möglich. Von den Verkehrsmitteln her gedacht ergeben sich drei Ansatzpunkte: attraktive und kurze Wege für Fußgänger und Radfahrer, ein flexibles Angebot bei Bussen und Bahnen sowie eine intelligente Nutzung des motorisierten Individualverkehrs.
- Längst haben Kommunen zusätzlich zu den staatlichen Angeboten eigene **lokale Förderprogramme** für den Klimaschutz geschaffen. Vor allem Bauherren sollen von vorne herein auf eine rationelle Energieverwendung setzen, und selbst im Bestand geben manche Kommunen Zuschüsse für Wärmedämmung oder für den Einsatz erneuerbarer Energien.
- In keinem anderen Bereich tut sich in der **Kommunalen Agenda 21** so viel wie im Klimaschutz: konkrete Projekte werden entwickelt und umgesetzt, verschiedene Gruppen und Einrichtungen für eine Mitarbeit gewonnen, Informationen und Konzepte für Politik und Verwaltung erarbeitet oder die Aufmerksamkeit der Mitbürger auf das Thema gelenkt.
- An **Bürgersolaranlagen** beteiligen sich mehrere Gesellschafter mit Mindesteinlagen. Für geeignete Dachflächen wird ein Miet- und Nutzungsvertrag für mindestens 20 Jahre abgeschlossen. Die Kommunen können dafür ausreichend große Dächer von Schulen, Turnhallen, Bauhöfen etc. bereit stellen, oft mietfrei oder zu einem symbolischen Preis.
- Damit Klimaschutz greifbar wird eignen sich besonders **Umwelttage und Sonderschauen**. Sie richten sich an alle Bürger, ganz besonders aber an Hausbesitzer, Handwerker und Planer, die ihr Gebäude sanieren und erneuerbare Energien einsetzen wollen oder entsprechend beraten können und den neuesten Stand der Technik anbieten.
- Bei „**Fifty fifty**“ an Schulen erhalten Schüler einen Anreiz zum Energiesparen: Gelingt es, im Schulbetrieb durch ein bewusstes Nutzerverhalten Strom und Wärme einzusparen, dann werden die Schüler mit der Hälfte am eingesparten Geldbetrag beteiligt. Diese „Prämie“ steht ihnen dann für Schulprojekte ihrer eigenen Wahl zur Verfügung.
- Die öffentliche Hand gibt Jahr für Jahr für die **kommunale Beschaffung** viele Milliarden Euro aus. Daher ist auch das Einkaufsverhalten der Kommunen wichtig, um das Klima durch den Kauf umweltfreundlicher Produkte, Baustoffe und Dienstleistungen zu schonen.

Hemmnisse

Informationslücken

Meist werden für Probleme die geläufigen Standardlösungen eingesetzt – bei vielen Entscheidungen in Kommunen ist das nicht anders. Für die Auseinandersetzung mit inhaltlichen und technischen Alternativen oder auch für die Klärung spezieller Fördermöglichkeiten fehlt hingegen oft die Zeit.

Nicht-Ausschöpfen der technischen Möglichkeiten

In der Praxis führen solche Informationslücken dazu, dass Kommunen, Handwerker und erst recht das Gros der Bürger die technischen Möglichkeiten, die es beim Klimaschutz bereits gibt, z. B. in der Solarthermie, noch nicht in dem möglichen Umfang nutzen.

Geringe Kooperation

Am Klimaschutz haben ganz unterschiedliche Akteure Interesse, weil es deren Tätigkeit berührt oder sie für die Ziele ganz besonders einstehen: Handwerker, Banken, Landwirte, Regionalbewegung, Umweltbildung, Berater, aber ebenso kirchliche Gruppen oder Verbände: Hier lassen sich gemeinsame Interessen noch mehr bündeln, was erst mancherorts gut gelingt.

Chancen

Wertschöpfung und Kostenersparnis

Maßnahmen für den Klimaschutz bringen Wertschöpfung in die Region und sorgen für Umsatz und Beschäftigung in heimischen Unternehmen. Zudem schon ein verringerter Energieverbrauch nicht nur das Klima, sondern auch den Geldbeutel. Und selbst Techniken, die heute noch nicht wirtschaftlich konkurrenzfähig sind, können künftig von steigenden Energiepreisen profitieren.

Vorbildwirkung der Kommunen

Wird die Kommune mit Maßnahmen selbst aktiv, dann hat dies auch Vorbild- und Anreizwirkung für die Menschen vor Ort. Zusätzlicher Sportsgeist kann außerdem durch die Teilnahme an Wettbewerben wie z. B. der Solarbundesliga oder durch Selbstverpflichtungen geweckt werden.

Breites Interesse

Der Klimaschutz spricht einen großen Kreis von Menschen an. Er bietet nicht nur ökonomische Vorteile, sondern er ist auch innovativ und für Visionen gut. Letzteres belegen ganz besonders die Energiewende-Beschlüsse, die von immer mehr Kommunen und Regionen verabschiedet werden.



Furth b. Landshut



Schwarzenbruck



Unterhaching

Vom Ortsteil Schatzhofen ging vor 25 Jahren die Further Energie-wende aus



„Geld vom Dach“ – die Pioniere unter der Sonne



Gemeinde Furth bei Landshut

Furth kann seine Spuren weit in die vorchristliche Vergangenheit zurück verfolgen: Die ältesten Siedlungsreste stammen aus der Zeit von 4500 vor Christus. Heute leben dort, fünfzehn Kilometer vor den Toren Landshuts, 3.000 Menschen.

Herausforderung

Regelmäßige Veranstaltungen haben das Thema Sonnenenergie bereits vor 25 Jahren in das Bewusstsein der Further gebracht. So sehen mittlerweile viele Menschen, dass der derzeitige Energieverbrauch keinesfalls nachhaltig ist und zulasten der Zukunft geht. Entsprechend wurden die Bürger mit verschiedenen

Aktionen immer wieder aktiv. Im Jahr 1999 hat der Gemeinderat das Ziel ausgegeben, dass der Ort langfristig seinen Bedarf an Strom und Energie zu 100 Prozent mit erneuerbaren Energien decken soll.

Sonnenenergetag

Jährlich halten die Further einen Sonnenenergetag ab. Hersteller und Händler zeigen dabei ihre neuesten Produkte. Zugleich findet ein Besichtigungsprogramm statt, das den Besuch unterschiedlicher Anlagen im Betrieb erlaubt. Die stolzen Besitzer erläutern dann aus erster Hand den Interessierten die eigenen Erfahrungen mit Heizungen, Kollektoren oder Solarzellen. Besonders gut kommt bei den Besuchern die „Solartour“ an.

Biomasse-Heizwerk

Die nach Leistung wichtigste erneuerbare Energiequelle ist derzeit ein Biomasse-Heizwerk. Kombiniert mit einer 300 Quadratmeter großen Solaranlage und einer Kondensationsanlage erreicht es eine Leistung von 800 KW. Die Anlage versorgt klimaneutral und preislich mittlerweile konkurrenzlos günstig eine Reihe von Einrichtungen: die Volksschule, den Kindergarten, das Gymnasium, das Kloster, das Further Solarzentrum, das Dorfzentrum,



Die 14-KWp-Photovoltaikanlage auf dem Rathausdach versorgt rechnerisch die komplette Verwaltung mit Solarstrom

ein Ärztehaus sowie 50 weitere Wohn- und Geschäftshäuser. Eine GmbH betreibt die Anlage. Sie gehört zur Hälfte der Gemeinde, die übrigen Anteile liegen bei den ortsansässigen Holzlieferanten sowie weiteren Bürgern. Das Heizwerk wird jährlich mit etwa 1.000 Tonnen unbehandelter und ausschließlich regional erzeugter Hackschnitzel beschickt. Damit lassen sich 300.000 Liter Heizöl ersetzen.

breite, nämlich auch noch auf Biogas, Kraft-Wärmekoppelung, dezentrale Sonnenkollektoren und Feststoffbrenner. Neben dem Einsatz CO₂-neutraler Technik sind aber ebenso die Einsparpotenziale im Blick. Dazu bietet Furth ein kommunales Wärmesaniierungsprogramm an, Energieberatungen und Kurse.

So lässt sich heute in Furth das Ergebnis von Bewusstseinsbildung über mehr als



Auf den Dächern sind mehr als 150 Solarstromanlagen in Betrieb

Erfolge

Furth war mehr als einmal Pionier: In der Gemeinde wurde die Idee des Bürgersolarkraftwerks entwickelt und erstmals umgesetzt. In ihrem Regierungsbezirk waren die Further außerdem die Ersten, die aus dem damaligen 1.000-Dächer-Programm mit einer Photovoltaikanlage ans Netz gingen. Die besondere Technik des Hackschnitzelheizwerks kam ebenfalls in Furth erstmals zum Einsatz.

Insgesamt setzt Furth bei erneuerbaren Energien auf eine große technische Band-

zwei Jahrzehnte betrachten: Die Bürger haben den Ehrgeiz entwickelt, zur Energiewende beizutragen. Dabei sind die äußeren Bedingungen in Furth nicht besser als anderswo. Entscheidend waren vielmehr das Miteinander, der Wunsch aktiv und innovativ zu sein und die eigenen Ideen auch umzusetzen. Mittlerweile stammen 30 Prozent Strom und 80 Prozent Wärme aus erneuerbaren Quellen. Eine ganze Reihe von Gemeinden aus der Gegend haben sich davon anstecken lassen.



Kontakt:

Gemeinde Furth b. Landshut
1. Bürgermeister Dieter Gewies
Am Rathaus 6
84095 Furth b. Landshut
Telefon: 08704 9119-15
www.furth-bei-landshut.de

Meine Meinung ...

„Ökonomie und Ökologie stehen keineswegs im Widerspruch. Verantwortung zu übernehmen heißt zu handeln, und zwar jetzt.“

Dieter Gewies, 1. Bürgermeister

„Woanders liegt das Geld auf der Bank, bei uns kommen die Zinsen vom Dach.“

Helga Schiemann



Von Wasserschloss und Schwarzachbrücke ging die historische Ortsentwicklung aus

Kommunales Energiemanagement und Bürgersolaranlage



Gemeinde Schwarzenbruck

Schwarzenbruck hat 8.500 Einwohner und zählt zur Industrieregion Mittelfranken. Die Gemeinde liegt im Südosten von Nürnberg und ist landschaftlich ganz vom so genannten Lorenzer Reichswald umgeben.

Herausforderung

Das Ziel in Schwarzenbruck war und ist es, die Lebensqualität vor Ort zu steigern. Ebenso soll die Identität des Ortes gepflegt werden, für andere nach Außen sichtbar und nach Innen als Triebfeder für ein lebendiges Gemeinwesen. In diesem Verständnis

wird auch die Herausforderung einer Nachhaltigen Entwicklung gesehen. Anerkennung dafür fand die Gemeinde durch die Aufnahme in die internationale Bewegung der lebenswerten Gemeinden „Cittaslow“. Eine besondere Bedeutung misst Schwarzenbruck einer Senkung des Energieverbrauchs bei. Im Jahr 1993 wurde ein renommiertes Institut mit einem Energiekonzept für die Gemeinde beauftragt, wozu alle öffentlichen und privaten Liegenschaften untersucht wurden. In der Folge entstand ein Aktionsprogramm mit konkreten Zielen und Maßnahmen. Vieles davon konnte bereits umgesetzt werden, zugleich aber entwickeln sich daraus bis heute neue Aktionen.

Energieverbrauch senken:

Kommunales Förderprogramm

Schwarzenbruck hat seit 1995 ein eigenes kommunales Förderprogramm aufgelegt, um Energie einzusparen und schädliche Emissionen zu verringern. Einerseits sollten mit den begrenzt verfügbaren Mitteln möglichst große Effekte erzielt werden, andererseits sollten die Bürger einen Anreiz



Schwarzenbruck wurde in den internationalen Kreis der lebenswerten Gemeinden „Cittaslow“ aufgenommen

erhalten, um selbst aktiv zu werden. Zu den geförderten Maßnahmen zählen die Erstellung einer Energiebilanz für Ein- und Zweifamilienhäuser, die Erneuerung von Fenstern, die Modernisierung der Heizungsanlage oder die Dämmung von Dachflächen und Außenwänden. Die Mittel, die von der Gemeinde dafür eingesetzt werden, stammen aus der Konzessionsabgabe. Allein im Jahr 2005 konnte so mit einer Fördersumme von 23.000 Euro eine Gesamtinvestition von mehr als 300.000 Euro, verteilt auf 27 Einzelmaßnahmen, ausgelöst werden.



Erneuerbare Energie gewinnen: Bürgersolaranlage

Auf Vorschlag des Agenda 21-Arbeitskreises Energie hin hat der Gemeinderat von Schwarzenbruck beschlossen, alle geeigneten Dachflächen von gemeindeeigenen Gebäuden kostenlos für die Photovoltaiknutzung zur Verfügung zu stellen. Dadurch können auch Bürger ohne eigene Dachflächen entsprechende Anlagen errichten. Innerhalb weniger Monate schlossen sich sechzehn Schwarzenbrucker zusammen, um die erste Bürgersolaranlage in der Region auf den Dächern des Bauhofs zu montieren. Nachdem 400.000 Euro investiert waren, ging sie Ende 2002 mit einer Spitzenleistung von 66 kWp in Betrieb.

Erfolge

Außer zum Klimaschutz tragen das kommunale Förderprogramm und die Solaranlagen auch zur lokalen Wertschöpfung bei, sowohl für heimische Unternehmen als auch für die Betreiber der Anlagen. Insbesondere die Förderquote der Gemeinde kann sich sehen lassen, da mit jedem ausgereichten Euro mehr als 10 Euro an Investitionen ausgelöst werden.

Zur Freude der Beteiligten hat die Bürgersolaranlage höhere Erträge geliefert als es die Planung erwarten ließ. Zugleich verbessert sich damit die CO₂-Bilanz.

Dies hat nicht nur bei den Bürgern den Stolz auf das sichtbar Geleistete geweckt, sondern auch bei anderen Gemeinden im Nürnberger Land das Interesse, ebenso aktiv zu werden.



Schwarzenbruck stellte alle geeigneten gemeindlichen Dachflächen kostenlos für die Photovoltaiknutzung zur Verfügung

Kontakt:

Gemeinde Schwarzenbruck
1. Bürgermeister Bernd Ernstberger
Regensburger Straße 16
90592 Schwarzenbruck
Telefon: 09128 9911-12
www.agenda21-schwarzenbruck.de



Meine Meinung ...

„Wo bislang die Sonne ungenutzt auf die Dächer schien und allenfalls die Bewohner ins Schwitzen kamen, da erzeugen wir von nun an über Jahre hinweg sauberen Solarstrom.“

Dr. Dieter Schiel, Sprecher des Agenda 21-Arbeitskreises Energie



Rollenmeißel für Geothermiebohrung



Aus 3.500 m Tiefe soll 135° C heißes Wasser mit einer Schüttung von mehr als 150 l/s gefördert werden

Geothermie – Nachhaltigkeit durch Innovation



Gemeinde Unterhaching

Unterhaching liegt am südlichen Stadtrand von München. Die vormals landwirtschaftlich geprägte Gemeinde hat in den vergangenen 40 Jahren bei der Größe um das Vierfache auf nunmehr 22.000 Einwohner zugelegt.

Herausforderung

Bereits in den 1980er-Jahren spielte in Unterhaching die lokale Umweltpolitik eine große Rolle. Vom Gemeinderat wurde ein Umweltbeirat berufen und 1990 ein jährlich stattfindender Umweltag eingerichtet. Von kirchlichen Gruppen, der Volkshochschule, Vereinen, Verbänden und Parteien wurde schließlich ein Agendaforum ins Leben gerufen. Für dieses hat sich seit mehr als zehn

Jahren eine speziell aufgestellte Satzung bewährt, in der die Organisation der Agenda-Arbeit und insbesondere das Zusammenspiel von Agenda 21 und Gemeinderat geregelt wird.

Die Frage nach der Zukunfts- und Schöpfungsverantwortung im Sinne einer Nachhaltigen Entwicklung findet dadurch in Unterhaching einen breiten Widerhall. Energie ist dabei ein Schlüsselthema. Denn in kaum einem anderen Bereich wirkt sich lokales Handeln so sehr auf den globalen Zustand der Erde aus. Daher verfolgt Unterhaching eine nachhaltige, innovationsgestützte Energiestrategie, die gleichermaßen auf Energieeinsparung, Nutzung alternativer Energiequellen und Energieeffizienz setzt.

Unterhachinger Energie-Atlas

Eine wichtige Arbeitsgrundlage war der Energie-Atlas, der für Unterhaching das Einsparpotenzial beim Energieverbrauch aufzeigt. Der Atlas wurde von einer Arbeitsgruppe intensiv vorbereitet, in der sich Bürgermeister, Gemeinderäte, Verwaltungsmitarbeiter, die Agenda 21, Versorgungsbetriebe und Kaminkehrerschaft zusammen getan haben. Ermittelt wurden unter anderem der Normwärmebedarf der Gebäude, der aktuelle Energiemix und die Potenziale von Nahwärme und Photovoltaik. Daraus konnte ein CO₂-Einsparpotenzial von 80 Prozent abgeleitet werden. Ein kommunales Förderprogramm zur Energieeinsparung und Luftreinhaltung trägt dazu bei, die formulierten Ziele und Maßnahmen auch zu erreichen.

Geothermie

In Unterhaching findet die bislang größte geothermale Tiefbohrung in Deutschland statt. Aus 3.300 Metern Tiefe sollen pro Sekunde bis zu 150 Liter heißes Thermalwasser an die Oberfläche sprudeln. Dieses ist sowohl für die Wärme- als auch für die Stromversorgung vorgesehen. Ganzjährig steht so eine Leistung von 38 Megawatt zur Verfügung, in erster Linie für Fernwärme, aber auch bis zu 3,4 Megawatt zur Stromerzeugung. Als Beitrag zum Klimaschutz lässt die Geothermie eine CO₂-Einsparung für Unterhaching von 50 Prozent bis zum Jahr 2010 erwarten.

Erfolge

Unterhaching hat gezeigt, wie die Kommune einen großen Beitrag zur Energiewende leisten kann. Die Energiealternativen sind aber zugleich auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Der kommunale Versorgungsbetrieb,



Ein weiteres bedeutendes Projekt der Agenda 21 ist die Mitarbeit bei der Gestaltung des Landschaftsparks Hachinger Tal, z. B. mit der Anlage einer Streuobstwiese. Ehrenamtliche erbringen die Pflege- und Schnittmaßnahmen an den Obstbäumen.



Inbetriebnahme der ersten Geothermiebohrung am 24. Januar 2004

die „Geothermie Unterhaching GmbH & Co. KG“, wird in Zukunft nämlich auch den Haushalt Unterhachings stärken. Für die Bürgerschaft werden im Geothermieprojekt die großen Anstrengungen sichtbar, aber auch der gemeinsame Erfolg. Und es zeigt sich: Die Gestaltung von Nachhaltiger Entwicklung vor Ort braucht eine Vision, die in Unterhaching aber keine ferne Utopie geblieben ist, sondern zum Motor für Innovation, Wertschöpfung und Gemeinsinn wurde.

Meine Meinung ...

„Die Gemeinden sollen ein Vorbild sein, wenn es darum geht, klimaschädliche Gase zu vermeiden. Keiner kann mehr übersehen, dass fossile Energieträger knapp und teuer werden und wir damit die Atmosphäre zu unserem Schaden aufheizen.“

Dr. Erwin Knapke, Altbürgermeister

Kontakt:

Gemeinde Unterhaching

1. Bürgermeister Wolfgang Panzer

Rathausplatz 7

82002 Unterhaching

Telefon: 089 66551-0

E-Mail: rathaus@unterhaching.de

www.unterhaching.de

www.agenda21-unterhaching.de

www.geothermie-unterhaching.de



Nachhaltige Entwicklung und Aktive Bürgergesellschaft sind untrennbar verbunden mit dem sog. „Good Governance“, einem „Guten Regieren“. Good Governance als moderner Politikstil setzt auf Kooperation und eine verantwortliche Aufgabenübernahme verschiedener Akteure; es betont die Herausforderung der Nachhaltigkeit als strategische Managementaufgabe in der Kommune. Damit soll dauerhaft Handlungsfähigkeit gesichert und sollen die Ziele der Nachhaltigen Entwicklung in Politik und Verwaltung integriert werden. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen vor Ort wurde aus der Evaluierung der Kommunalen Agenda 21 in Bayern eine solche Integration als langfristiger Königsweg vorgezeichnet.

Management – was aktive Kommunen tun können

10 Handlungsansätze aus der Praxis

- Im **Selbstverständnis des Kommunalparlaments** drückt sich dessen weitreichende Verantwortung und Selbstverwaltung aus. Mandatsträger sind als Entscheider auch Strategen, Ermöglicher und Manager des Wandels. Immer öfter klären Kommunalparlamente diese Rolle und ihr Selbstverständnis in Klausuren.
- **Ziele und Leitbilder.** Nur wer das Ziel kennt, kann es auch erreichen. Ziele gehen weit über das Tagesgeschäft hinaus und sollen bei späteren Entscheidungen Orientierung geben. In Leitbild-Prozessen wird die Verständigung über Ziele und Entwicklungschancen des Ortes auf eine breite Basis gestellt, Zukunftsthemen und Trends werden ermittelt.
- **Offenheit für Beratung.** Die Mitgliedschaft im Kommunalparlament ist ein gewähltes Ehrenamt. Das Fachwissen für oft weitreichende Sachverhalte kann per se nicht vorausgesetzt werden. Optimale Beratung stärkt daher die Position der Entscheider. Bürgerwissen einzubinden stellt das Amt nicht in Frage, sondern nützt dem Ansehen der Entscheider.
- **Ergebnisorientierung und Berichtssystem.** Die Bedeutung von Zielen hängt an deren Verbindlichkeit. Diese kann durch ein Informations- und Berichtssystem hergestellt werden, in dem die Ziele benannt, mit Fristen und Kenngrößen versehen und mit der Möglichkeit der Modifizierung transparent gemacht werden.
- **Organisationsentwicklung.** Ein Wandel hin zur Bürgerkommune fordert auch die Verwaltung heraus: Neben Dienstleistungsorientierung und Effizienz geht es zusätzlich um eine systematische Einbindung des Nachhaltigkeitsprinzips in das Verwaltungshandeln und um die Sicherung von Lebensqualität in gemeinsamer Verantwortung mit den Bürgern.
- Der **Einsatz von Managementsystemen** zielt auf eine kontinuierliche Ergebnisverbesserung. Erfahrungen gibt es vor allem mit Öko-Audit, EMAS, kommunalem Energiemanagement und ansatzweise auch Nachhaltigkeits-Checks. Viele Systeme schließen auch eine Zertifizierung mit ein.
- **Übertragen von Verantwortung.** Mehr Verantwortung der Bürger bedeutet, im konkreten Fall auch Verantwortung zu übertragen, ohne die Betroffenen damit alleine zu lassen. Die erfolgreiche Erfüllung delegierter Aufgaben erfordert neben Vertrauen auch Eignung, Ansprechpartner, geeignete Strukturen, Berichtspflichten, Teambildung und Anerkennung.
- **Bürgerschaftliches Engagement** ist eine wertvolle und ergiebige Ressource, jedoch selten ein Selbstläufer und die Motivation der Menschen keine Selbstverständlichkeit. Zur Aktivierung von bürgerschaftlichem Engagement gibt es viele erprobte Möglichkeiten, was die materielle, personelle und ideelle Unterstützung einschließt.
- **Heimatbewusstsein und lokale Identität.** Neben Eigennutz, Vernunft und Wissen sind eine Idee oder eine Vision ein ebenso wichtiger Antrieb für Menschen. Der eigene Ort als lebens- und liebenswerte Heimat und sinnvolles Engagement sind eine solche Idee, die durch eine Kultur der Offenheit und der Verbindlichkeit gefördert werden kann.
- **Interkommunale Zusammenarbeit.** Kooperation setzt nicht nur innerhalb einer Kommune, sondern auch über Gemeindegrenzen hinweg Kräfte frei. Neben klassischen Bündnissen wie Zweckverbänden tun sich heute zahlreiche Kooperationsmöglichkeiten auf, z. B. auf den Feldern Kultur, Marketing, Bauhof oder interkommunale Gewerbe- und Industriegebiete.

Hemmnisse

Verpasste Einstiege

Eine zu ideale und hohe Erwartung an Bürgerkommune und Agenda 21 kann den Einstieg in die praktische Arbeit auch verstellen. Hilfreich ist es, mit konkreten Projekten zu beginnen und aus eigenen Erfolgen ein gemeinsames Verständnis aufzubauen. Anstatt das Rad neu zu erfinden, entlastet der Erfahrungstransfer aus anderen Gemeinden.

Unterschiedliche Erwartungen

Zusammenspiel und Management im Sinne eines Good Governance erfordern von den Beteiligten sich einzulassen und mitzuziehen. Anspruchsdenken, Abgrenzung oder das Verstecken hinter Routinen schadet der notwendigen Offenheit. Konkurrenzdenken schließlich blockiert gemeinsame Lösungen.

Unterschätzter Aufwand

Vertrauen aufzubauen und zu pflegen ist eine dauernde Aufgabe, zumal mit dem Wechsel von Personen stets neue Überzeugungsarbeit notwendig ist. Kooperation und langfristiges Management bringen einerseits Entlastung, erfordern andererseits allerdings auch eine Verankerung neuer Aufgaben und Methoden in den Arbeitsabläufen.

Chancen

Neue Herausforderungen der Kommunen

Die Herausforderungen für die Kommunen verändern sich: Demografischer Wandel, Haushaltskonsolidierung, Standortwettbewerb, Klimaschutz etc. Darin liegt auch eine Chance, dass sich Kommunen öffnen für neue Strategien, Instrumente und Kooperationen und so den Wandel bewusst gestalten.

Gute Beispiele und Leitkonzepte

Viele Kommunen in Bayern machen es längst vor, mit den veränderten Herausforderungen umzugehen. Gute Beispiele, Ideen und Konzepte sowie Fortbildungsangebote für eine nachhaltige Kommunalentwicklung sind vorhanden – es gilt diese aufzugreifen und jeweils für die besonderen Anforderungen vor Ort anzupassen.

Fähigkeiten und Engagement der Menschen

„Wenn eine Gemeinde wüsste, was sie alles weiß“ – Menschen als Experten ihres Lebensumfeldes sind ein oft noch weit unterschätztes und ungenutztes Potenzial. Nicht anders als in einem Betrieb kommt es darauf an, Menschen für ein gemeinsames Ziel zu gewinnen, mit all den Methoden, die sich dafür bewährt haben.



Neumarkt i. d. Oberpfalz



Roßhaupten



Roßtal

Im Bürgerhaus
Neumarkt wird die
Kommunale
Agenda 21 greifbar



Das Bürgerhaus: Plattform für die Umsetzung des Leitbilds



Große Kreisstadt Neumarkt
in der Oberpfalz

Die Große Kreisstadt Neumarkt i.d.OPf. hat 40.000 Einwohner. Sie liegt am Rande des Oberpfälzer Jura und zählt zur Metropolregion Nürnberg. Eine Reihe von teils weltweit tätigen Unternehmen haben dort ihren Sitz.

Herausforderung

In Neumarkt ist in der Bürgerschaft ein großes Interesse an Fragen der Stadtentwicklung vorhanden; die Bereitschaft, sich aktiv einzubringen, ist groß. Auslöser dafür waren ganz wesentlich ein Agenda 21-Leitbildprozess und die Bürgerbeteiligung im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“. Zunächst mussten allerdings diese beiden Instrumente miteinander verknüpft, zum Laufen gebracht und in die Politik- und Verwaltungsprozesse eingebunden werden. Mittlerweile geht es vor allem darum, die Fülle an gewonnenen Zielen und Ideen für die Stadtentwicklung umzusetzen und den Mitwirkungsprozess weiter zu gestalten.

*Das Team des
Bürgerhauses
knüpft das Netz
„Zukunftsfähiges
Neumarkt“*



Stadtleitbild „Zukunftsfähiges Neumarkt“

Im Jahr 2002 wurde in Neumarkt ein Leitbildprozess für eine Kommunale Agenda 21 gestartet. Am Beginn standen eine Klausurtagung des Stadtrates und ein offizieller Beschluss dazu. Wesentliches Merkmal des Prozesses sollte eine qualifizierte Bürgerbeteiligung sein. Außerdem wurden die jeweiligen Schritte vorab und nach einem zeitlich und inhaltlich gegliederten Prozessmodell festgelegt. Wie in einem „Ping-pong-Modell“ sollten Bürger, Institutionen, Vereine und Unternehmen auf der einen Seite und Stadtrat und Verwaltung auf der anderen Seite wechselseitig und abgestimmt tätig werden.

Ein Meilenstein auf dem Weg zum Stadtleitbild war der „Tag der Visionen“ mit mehreren Tausend Besuchern. Anschließend wurden in Bürgerkonferenzen für ausgewählte Zukunftsthemen mögliche Maßnahmen und Umsetzungschancen beraten. Im Jahr 2004 wurde das Stadtleitbild schließlich veröffentlicht, gegliedert nach sechs zentralen Zielen.

Büro für Soziale Stadt und Lokale Agenda 21

Ein wichtiges Anliegen war es gewesen, die Bürger auch nach der intensiven Leitbildarbeit dauerhaft in den Prozess einer nach-

haltigen Stadtentwicklung einzubinden. Aus Mitteln des Förderprogramms „Soziale Stadt“ konnte ein Bürgerhaus verwirklicht werden. Dort stehen einerseits Räume für Initiativen und Gruppen zur Verfügung, andererseits sollte die Einrichtung aber auch einen aktivierenden Charakter haben und eine Plattform für bisherige und künftige Aktivitäten bilden.

Zu diesem Zweck wurde das „Büro für Soziale Stadt und Lokale Agenda 21“ eingerichtet. Von dem hauptamtlichen Personal werden – unterstützt durch unzählige Ehrenamtsstunden – vielfältige Aufgaben übernommen: die Aktivitäten im Bürgerhaus zu koordinieren, Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben oder die Umsetzung und Fortschreibung des Stadtleitbilds zu begleiten. Hinzu kommen die Geschäftsführung der Freiwilligen Agentur Neumarkt (FAN) und das Projekt- und Quartiersmanagement für die Soziale Stadt.

Erfolge

Nach einer Phase der intensiven konzeptionellen Arbeit ist es in Neumarkt gelungen, auf breiter Basis in die Umsetzung einzusteigen. Allein im Rahmen des städtischen Förderprogramms LOS („Lokales Kapital für Soziale Zwecke“) wurden über 30 Projekte auf den Weg gebracht. Eine Bürgerstiftung ist entstanden und mehr als 100 Gruppen nutzen bislang das Bürgerhaus. Seit März 2007 hat es den Status eines Mehr-Generationen-Hauses.

Darüber hinaus ermöglicht das Bürgerhaus eine Vernetzung der Aktiven, Synergien kommen zum Tragen und neue Projekte



und Initiativen finden eine Plattform. Ein Begleiteffekt davon ist, dass sich das Gefühl der Gemeinschaft in Neumarkt weiter gefestigt hat.

Im Rahmen der Weltdekade der Vereinten Nationen 2005 - 2014 „Bildung für nach-



Im Bürgerhaus gibt es konkrete Angebote wie Kinder- und Hausaufgabenbetreuung

haltige Entwicklung“ erhielt mit Neumarkt erstmals auch eine Kommune in Deutschland von der UNESCO das Prädikat „Stadt der Weltdekade 2007/2008“. Damit wurden die Verankerung der Bildung im Stadtleitbild sowie das Netzwerk „Zukunftsfähiges Neumarkt“ gewürdigt.

Meine Meinung ...

„Mit dem Bürgerhaus erreichen wir Bürgerinnen und Bürger, die sich freiwillig in den Dienst einer guten Sache stellen wollen. Wir stärken damit außerdem eine Entwicklung ganz im Sinne einer Nachhaltigen Bürgerkommune, weil wir eine Plattform für neue Ideen und Projekte fest verankert haben.“

Thomas Thumann, Oberbürgermeister

„Die Aufgabe der Kommunalpolitik, der Verwaltung und der Agenda 21-Beauftragten besteht aus meiner Sicht darin, Strukturen und Kommunikationsnetze aufzubauen. Auf lange Sicht schaffen wir so eine wesentliche Voraussetzung für eine Aktive Bürgergesellschaft.“

Ruth Dorner, Bürgermeisterin,
Agenda 21-Beauftragte und Referentin für Klimaschutz

Kontakt:

Stadt Neumarkt i. d. OPf.
Oberbürgermeister Thomas Thumann
Rathausplatz 1
92318 Neumarkt i. d. OPf.
Telefon 09181 511038
www.neumarkt.de
www.buergerhaus-neumarkt.de





*Der Forggensee prägt
die Landschaft um
Roßhaupten im Allgäu*

Lösungen über Programm- und Gemeindegrenzen hinweg



Gemeinde Roßhaupten

Roßhaupten hat 2.200 Einwohner und liegt am Forggensee im Allgäuer Alpenvorland. Die Königsschlösser Neuschwanstein und Hohenschwangau liegen bereits im Blick, und die höchste Erhebung in der Tourismusgemeinde reicht etwas über tausend Meter Höhe.



Herausforderung

Anfang der 1990er-Jahre sah sich Roßhaupten mit einer Reihe von Problemen konfrontiert: Der Fortbestand der bäuerlichen Landwirtschaft war höchst ungewiss, das touristische Angebot musste weiterentwickelt werden, und die Kaufkraft floss zusehends in größere Gemeinden ab. Mittlerweile werden außerdem die Folgen des Demografischen Wandels unmittelbar wirksam: Teilhauptschulen werden aufgelöst, Kindergartengruppen fallen weg, und alte Menschen sind verunsichert, ob sie am Ort bleiben können. Vor diesem

Hintergrund hat Roßhaupten sehr früh auf eine kooperative Lösungsstrategie gesetzt, sowohl innerhalb der Gemeinde mit aktiven Bürgern als auch über die Gemeindegrenzen hinweg mit den Nachbarkommunen des Auerberglandes.

Bürgerbeteiligung als kombinierte Strategie

Im Jahr 1993 startete in Roßhaupten eine Dorferneuerung, zwei Jahre später stand das Leitbild: „Roßhaupten, das Allgäuer Dorf mit Lebensqualität durch Intakte Natur, Lebendige Dorfkultur, Wirtschaftskraft und Gastlichkeit“. Eine Fülle von Maßnahmen wurden daraus entwickelt und standen zur Umsetzung an. Der weitere Erfolg, so die Überzeugung in Roßhaupten, würde aber nicht allein vom Geld abhängen, sondern auch davon, wie die Menschen miteinander redeten und umgingen.

Das Ziel des Bürgermeisters war es daher gewesen, die Dorferneuerung und die Kom-

*Rechts: Bürger
und Bürgermeister
im Dialog*



munale Agenda 21 ineinander übergehen zu lassen. Oberstes Ziel war die Einbindung der Menschen nach dem Grundsatz „Betroffene werden zu Beteiligten“.

In den Projektgruppen trafen sich so Agenda-Gruppen und Arbeitsgruppen aus der Dorferneuerung sowie auch Vereine und Mitglieder des Gemeinderats und einzelne interessierte Bürger. Die Kräfte der Gemeinde sollten auf der Grundlage des Leitbilds nachhaltig geweckt und gebündelt werden.



Gestaltung des Demografischen Wandels über die Gemeindegrenzen hinweg

Seit fünfzehn Jahren arbeitet Roßhaupten mit Nachbargemeinden zusammen. Mittlerweile hat der „Auerbergland“-Verein ein hauptamtliches Regionalmanagement eingerichtet. Viele Herausforderungen lassen sich heute strategisch und über die Gemeindegrenzen hinweg besser lösen. So haben die Mitglieder damit begonnen, nach gemeinsamen Antworten auf den Demografischen Wandel zu suchen. Bis August 2008 wird ein Handlungsleitfaden erstellt werden, der die Möglichkeiten für eine abgestimmte Jugend- und Seniorenarbeit aufzeigt, aber ebenso die Konsequenzen für die gemeindliche Infrastruktur und die Bauleitplanung beleuchtet. Agenda-Gruppen, Arbeitskreise sowie bereits vorhandene Einrichtungen auf Gemeinde- und Kreisebene sind in die Erarbeitung des Leitfadens eingebunden.

Erfolge

In Roßhaupten wurden bislang über 130 Projekte entwickelt und in wichtigen Teilen umgesetzt. Unter anderem wurden für den innerörtlichen Gebäudeleerstand geeignete Folgenutzungen gefunden. Der umweltverträgliche Landtourismus hat zahlreiche Impulse erhalten, viele bauliche und denkmalpflegerische Maßnahmen konnten außerdem realisiert werden. Nicht wenige Gemeinden haben sich in Roßhaupten mittlerweile An-



regungen für die eigene Arbeit geholt. Durch den Zusammenschluss Auerbergland ist interkommunales Denken und Handeln heute selbstverständlich geworden. Zum Beispiel haben die Gemeinden ihre Landschaftsplanung miteinander vernetzt und gehen den Hochwasserschutz gemeinsam an. Mit der Geschäftsstelle gibt es im Hintergrund außerdem einen „Kümmerer“, der die Gemeinden in vielen Fragen unterstützt und die gemeinsamen Belange voran bringt.

Das Logo von „Auerbergland“ symbolisiert mit dem roten Punkt den Auerberg als Zentrum. Grün steht für Wiesen und Wälder, blau für den Lech und die vielen Seen der Region.

Meine Meinung ...

„Sobald wir gemeinsame Überzeugungen gefunden haben und nicht mehr jede Frage grundlegend diskutieren müssen, werden Entscheidungen viel einfacher. Unterstützung erfährt unsere Arbeit in Gemeinderat und Verwaltung außerdem durch die Arbeitskreise – das ergänzt sich bestens.“

Rudolf Zündt, Ehrenbürger und Bürgermeister a. D.

„Die Grundeinstellung beim interkommunalen Netzwerk Auerbergland ist es, dass wir frühzeitig in Partnerschaft und Kooperation auf neue Ideen und Erkenntnisse reagieren und dann auf breiter Ebene, mit den Bürgern für eine gemeinsame Zukunft, zum Wohle aller, intensiv und nachhaltig tätig werden.“

Heimo Schmid, 1. Bürgermeister von Bernbeuren und 1. Vorsitzender von Auerbergland e. V.

Kontakt:

Gemeinde Roßhaupten
1. Bürgermeister Thomas Pihusch
Hauptstraße 10
87672 Roßhaupten
Telefon 08367/91214-0
www.rosshaupten.de
www.auerbergland.de





*Roßtaler Kinder zeigen
im Sitzungssaal
„ihren“ Spielplatz ...*

Aktive Bürgergesellschaft: Was können wir selber tun?



Markt Roßtal

Im Markt Roßtal leben 10.500 Menschen. Die Bewohner schöpfen ihre Identität aus einer über tausendjährigen Geschichte – die historischen Bauwerke zählen zu den ältesten noch bewohnten in der Region. Die Nähe zu Nürnberg hat Roßtal heute zu einer Auspendlergemeinde gemacht.

Herausforderung

Der Markt Roßtal wollte rechtzeitig gegensteuern, um nicht zu einem bloßen Schlafdorf im Ballungsraum Nürnberg zu werden. Außerdem hatten sich die Bedürfnisse der Menschen auch in kleineren Orten verändert; Anspruchsdenken und Anonymität zeigen sich heute überall. Roßtal sollte als Ort zum Leben attraktiv bleiben: als funktionierendes Gemeinwesen, mit verlässlichen Bindungen und mit Bezugspunkten für Orientierung und Sinn. Diesen Anspruch sah man am ehesten im Leitgedanken von der Aktiven Bürgergesellschaft verwirklicht. Erforderlich war es allerdings, die Menschen für eine aktive Rolle zu gewinnen. Im Jahr

1997 hat der Marktgemeinderat daher den Start eines Agenda 21-Prozesses beschlossen. Es sollte eine Plattform geschaffen werden für die Zusammenarbeit von Verwaltung, Bürgern und Parteien.

Leitbild für den Markt Roßtal

Für die Steuerung des Agenda 21-Prozesses trägt im Marktgemeinderat der „Unterausschuss Agenda 21“ die Verantwortung. Im Jahr 2002 erhielt er den Auftrag zur Koordination und Erstellung eines Leitbilds. Die bestimmende Frage lautete: „Wie wollen wir in Roßtal im Jahr 2020 leben?“. In die Zukunftsdiskussion sollten möglichst alle Tätigkeits- und Verantwortungsbereiche einbezogen werden. Im Ergebnis wurden für sieben Themenfelder Leitlinien formuliert. Die Bürger Roßtals wurden zur Mitarbeit eingeladen und durch eine Bürgerbefragung unmittelbar auf den Leitbild-Prozess hingewiesen. Durch eine breit angelegte Abstimmung über die Leitlinien konnte erreicht werden, dass möglichst viele Menschen und Gruppierungen das Leitbild mittragen.

Verankerung der Kommunalen Agenda 21 vor Ort

Für die Verzahnung des Agenda 21-Prozesses zwischen Bürgermeister, Verwaltung, Marktgemeinderat, Bürgern, Institutionen und Vereinen sorgt der „Unterausschuss

*... um anschließend
mit den Erwachsenen
über die Spielplatz-
wünsche zu reden*



Agenda 21". Er ist dem Haupt- und Finanzausschuss zugeordnet, und ihm gehören Mandatsträger fast aller im Marktgemeinderat vertretenen Parteien an. Geleitet wird er von einem Mitglied des Marktgemeinderates. Interessierte Bürgerinnen und Bürger können an allen Sitzungen des Unterausschusses aktiv teilnehmen und ihre Vorschläge zu den Sachthemen einbringen. Gegenüber dem Marktgemeinderat hat er ein Antragsrecht, und er berichtet diesem regelmäßig. Der Unterausschuss berät Fragestellungen der Gemeindeentwicklung, ist für die Fortschreibung des Leitbilds verantwortlich und steht in einem engen



Austausch mit den Runden Tischen. So werden in Roßtal die aufgabenbezogenen Arbeitskreise genannt, die ihrerseits von einem Marktgemeinderat moderiert werden. Die Entscheidungsverantwortung des Marktgemeinderates ist durch diese Arbeitsstruktur nicht in Frage gestellt. Die Durchführungsverantwortung hingegen erhalten auf der Grundlage eines intensiven Informationsaustausches die Runden Tische, die Vereine oder die Verwaltung. Das Selbstverständnis der Beteiligten wurde als siebte Leitlinie in das Leitbild aufgenommen. Sie unterstreicht die Verantwortung des Einzelnen, aber auch die Solidarität untereinander und die Chancen der Kooperation.



Erfolge

Durch die besondere Organisationsform für die Agenda 21 gelingt eine frühzeitige Abstimmung über Ideen und Projekte. Dank der Einbindung von Verwaltung, Mandatsträgern und Bürgern lässt sich vermeiden, dass Vorhaben ohne gesicherte Unterstützung des Marktgemeinderates begonnen werden; Missverständnissen und Enttäuschungen wird so vorgebaut. Mittlerweile konnte eine Vielzahl von Projekten umgesetzt werden, etwa der Aufbau einer Freiwilligenagentur, die Organisation des Kultursommers, das Angebot für ein Schülercoaching, Informations- und Internet-Angebote, der Aufbau neuer Einrichtungen und vieles mehr. Anstelle eines externen Gutachtens wurde außerdem ein Bürgergutachten zur Verkehrsberuhigung erstellt, von Roßtaler Bürgern, die per Losverfahren dazu ausgewählt wurden.



Mit fachkundiger Begleitung nehmen die Menschen ihre Dorf-erneuerung in die Hand

Meine Meinung ...

„Wir Kommunalpolitiker müssen dafür sorgen, dass die Zusammenarbeit zwischen Bürgerschaft und Rathaus gelingt. Soziales Kapital braucht Unterstützung, Förderung und Anerkennung. Keine Frage, dass wir hier noch alle Lernende sind. Aber gemeinsam entwickeln wir uns weiter vom alten Leitbild der „Dienstleister-Gemeinde“ hin zur Bürgerkommune.“

Maximilian Gaul, Marktgemeinderat und Altbürgermeister

„Die Vernetzung und die Möglichkeit, dass so viele ihre Ideen und Vorschläge in Roßtal aktiv einbringen können und auch die intensive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, möchte ich nicht mehr missen.“

Renate Kleindl, ehem. Marktgemeinderätin und Vorsitzende des Agenda 21-Unterausschusses

„Für mich ist die Mitarbeit in der Agenda eine persönliche Bereicherung. Neue Menschen kennen zu lernen und Helfer und Hilfesuchende zusammenzubringen, das finde ich gut.“

Roswitha Ott, Freiwilligenagentur in Roßtal (FAIR)

Kontakt:

Markt Roßtal
1. Bürgermeister Johann Völkl
Marktplatz 1
90574 Roßtal
Telefon 09127 9010-31
www.rosstal.de



Diese 21 Beispiele zeigen die vielfältigen Ansatzpunkte, die Städte und Gemeinden für die Kommunale Agenda 21 haben. Meistens werden auf dem Weg zur Bürgerkommune Schwerpunkte gebildet, um die verfügbaren Ressourcen zielgerichtet einzusetzen. Bei der Nutzung der Handlungsspielräume erleben Kommunen gleichermaßen restriktive wie auch förderliche Einflüsse. Als Einschränkung wurden in den Qualitätszirkeln formale Bestimmungen gesetzlicher oder technischer Art diskutiert, aber auch Grenzen, die aus Informationsdefiziten sowie eigennütigen oder eingefahrenen Denkmustern resultieren. Positiv wurde eine größere Offenheit für nachhaltige Lösungen vermerkt, insbesondere die Einsicht in notwendige strategische und kooperative Handlungsansätze. Ebenfalls zu den Erfolgen zählt, dass es vielerorts gelungen ist, ein Wir-Gefühl zu schaffen und die Akteure für die Bürgerkommune zu gewinnen.

Die Kommunale Agenda 21 ist eine Bildungsaufgabe

Charakteristisch im Projekt „21 Kommunen“ war, dass die Handlungsfelder aus der Perspektive der Umsetzung diskutiert wurden. Das Zusammenspiel der Beteiligten und die Rolle der Bürgermeister wurden besonders betont. Mehr Kooperation erfordert allerdings, dass sich die Menschen auf die veränderten Anforderungen einer Bürgerkommune einstellen können und wollen. Lernbereitschaft, Kompetenzen und Erfahrungswissen werden so neben geeigneten Strukturen zum Dreh- und Angelpunkt aktiver Kommunen.

Diese speziellen Anforderungen an die Handelnden wurden bei der Auswertung des Modellvorhabens unter dem Begriff der „Gestaltungskompetenz“ zusammengefasst. Gestaltungskompetenz ist auch der Schlüsselbegriff in der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in den Jahren 2005 bis 2014. Er steht für ein Bündel an Fähigkeiten, das notwendig ist, um Nachhaltige Entwicklung in die Praxis umzusetzen. Dass die Teilnehmer immer wieder zu solchen Überlegungen zurück kamen, macht deutlich, wie sehr die Kommunale Agenda 21 im Kern eine Bildungsaufgabe ist. Übertragen auf die Bürgerkommune und die Idee eines „Local Good Governance“, hat die TU München Gestaltungskompetenz mit drei zentralen Herausforderungen verknüpft:

1. Ganzheitliche Sichtweise

Entscheider stärken ihre Position, wenn sie langfristig und strategisch denken. Dazu brauchen sie ein Maß oder eine Orientierung über das Tagesgeschäft hinaus. Sie sollen langfristige Trends berücksichtigen und auch vor den großen Themen nicht Halt machen. Eine derartige ganzheitliche Sichtweise kann während eines Leitbildprozesses angestoßen und gestärkt werden.

2. Offenheit für Bürgermitwirkung

Offenheit für Bürgermitwirkung wird von vielen Aspekten beeinflusst: der Bereitschaft, anderen Verantwortung zu übertragen, Dialog- und Kommunikationsfähigkeit, Vertrauen und einem positiven Menschenbild, der Einsicht, dass Zuarbeit in der Entscheidungsfindung unterstützend ist, oder auch von der Konsequenz, Verantwortlichkeit letztlich einzufordern.

3. Bereitschaft zu Qualifizierung

Zur Gestaltungskompetenz wurde schließlich auch die Lernbereitschaft gerechnet. Information und Qualifizierung stärken das Ehrenamt, sei es im gewählten Mandat oder in Vereinen, Initiativen und Projekten. Neben Fachinformationen oder Handwerkszeug geht es auch um Selbstverständnis und Rollen der aktiven Menschen in der Nachhaltigen Bürgerkommune.

Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune: Plattform für aktive Kommunen

Ebenso charakteristisch für das Modellvorhaben „21 Kommunen“ war der intensive kollegiale Austausch in den Qualitätszirkeln. Bei Gruppengrößen zwischen acht und fünfzehn Teilnehmern ging es neben praktischen Fragen und Handlungsmöglichkeiten auch um das eigene Selbstverständnis. Eine Idee wie die der Bürgerkommune zu verfolgen, benötigt den Austausch unter Gleichgesinnten und die Möglichkeit, sich neu zu vergewissern. Gegen Ende des



Projekts war bei den Teilnehmern daraus der Wunsch entstanden, den begonnenen Dialog fortzuführen, die neuen Kontakte weiter zu pflegen und zugleich den Kreis für neue Kommunen zu öffnen.

Es war daher das Ziel des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, aus dem Modellvorhaben heraus eine entsprechende Plattform und ein Vernetzungsangebot für aktive Kommunen zu schaffen. Da erfolgreiche Vernetzung ein gemeinsames Anliegen braucht, stehen das Lernen voneinander und die Förderung von Gestaltungskompetenz vor Ort im Mittelpunkt; Kommunen sollen zu Nachhaltigkeitsthemen ein spezifisches Angebot vorfinden. So entstand die Idee zum *Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune*, das in Zusammenarbeit mit einer etablierten Bildungseinrichtung umgesetzt wird, mit der Schule der Dorf- und Landentwicklung Abtei Plankstetten / School of Good Governance. Mittlerweile bearbeiten in fünf neu eingerichteten Qualitätszirkeln unter fachkundiger Anleitung rund 40 aktive Kommunen aktuelle Schwerpunktthemen einer Nachhaltigen Bürgerkommune. Der Auftakt für das Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune war am 28.11.2007 in der Abtei Plankstetten. Seither ist dieses Lern-Netzwerk offen für engagierte Kommunen, die unabhängig von Programmen Unter-



Die Schule der Dorf- und Landentwicklung Abtei Plankstetten versteht sich als School of Good Governance für die Kommunen

stützung suchen auf dem Weg zur Nachhaltigen Bürgerkommune. Das Projekt initiiert und fördert den kollegialen Austausch und gibt fachlich-methodische Unterstützung. Die Leitvorstellung zum Netzwerk sind die Agenda 21 und Gutes Regieren. In diesem Sinn ist die Maßnahme auch ein wichtiger Beitrag zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung.

Das Lernnetzwerk sowie die Kommunale Agenda 21 insgesamt tragen dazu bei, die Qualität von Entscheidungen und Maßnahmen zu verbessern, das Potenzial der Menschen vor Ort zu nutzen, zukunftsfähige Handlungsstrategien zu entwickeln, lokale Netzwerke zu stärken und professionelle Managementprozesse zu fördern. Dazu ist es auch in Zukunft unverzichtbar, das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung in konkretes Handeln und alltagspraktische Lösungen zu übersetzen – so wie es die 21 vorgestellten Kommunen getan haben und tun. Es bleibt das Ziel, Engagement und den Willen zur positiven Veränderung zu unterstützen und die Kommunen auch auf solche Weise zu stärken.



Landrat Albert Löhner, Vorstandsvorsitzender der SDL Plankstetten, wünscht sich mehr Offenheit der Kommunen für neue Wege und Ideen

Links: Auftaktveranstaltung zum Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune am 28.11.2007 in der Abtei Plankstetten mit Umweltstaatssekretär Dr. Marcel Huber



Das Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune wurde von der Deutschen UNESCO-Kommission als Maßnahme mit Pilotcharakter in den Nationalen Aktionsplan „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ aufgenommen.

An den Workshops des Modellvorhabens haben Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Mitarbeiter der Verwaltung und Sprecher bzw. Vertreter der örtlichen Agenden teilgenommen. Ihr Engagement hat das Projekt „21 Kommunen“ überhaupt erst möglich gemacht und ist selbst ein Beispiel für gelebte Bürgergesellschaft. Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz bedankt sich bei

Dank an die Teilnehmer des Modellvorhabens

Theresia Benda, Weyarn
 Tanja Biberger, Furth b. Landshut
 Horst Bloss, Schwarzenbruck
 Dr. Uwe Brandl, Abensberg
 Carolin Braun, Dietfurt a. d. Altmühl
 Winfried Brunner, Unterhaching
 Dagmar Bürzle, Neunkirchen a. Brand
 Reinhold Demleitner, Pettendorf
 Horst Dietzer, Rottendorf
 Ernst Dietlmeier, Dietfurt a. d. Altmühl
 Rudolf Döringer, Kirchdorf i. Wald
 Ruth Dorner, Neumarkt i. d. Oberpfalz
 Rudi Eck, Haßfurt
 Martin Eicher, Barbing
 Bernd Ernstberger, Schwarzenbruck
 Rainer Fuchs, Rottendorf
 Maximilian Gaul, Roßtal
 Dieter Gewies, Furth b. Landshut
 Robert Glassl, Hemau
 Arnold Graf, Neumarkt i. d. Oberpfalz
 Markus Haas, Neunkirchen a. Brand
 Albert Höchstetter, Barbing
 Christine Hollacher, Herrsching a. Ammersee
 Claudia Irlacher, Schleching
 Fritz Irlacher, Schleching
 Franziska Kalz, Herrsching a. Ammersee
 Alois Karl, Neumarkt i. d. Oberpfalz
 Walter Karl, Pfaffenhofen a. d. Ilm
 Stephan Klaus, Gunzenhausen a. Altmühlsee
 Dr. Erwin Knapek, Unterhaching
 Annemarie Leigart, Oettingen i. Bayern
 Stefan Leyerer, Barbing
 Prof. Hermann Mader, Unterhaching
 Hans-Peter Maier, Abensberg
 Alexandra Marr, Unterhaching
 Horst H.W. Müller, Rottendorf
 Ralf Mützel, Neumarkt i. d. Oberpfalz
 Irmtraut Neubert, Haßfurt
 Eduard Obermeier, Pettendorf
 Ingrid Pappler, Gunzenhausen a. Altmühlsee

Peter Patalong, Rottendorf
 Dieter Paus, Oettingen i. Bayern
 Michael Pelzer, Weyarn
 Franz Piendl, Abensberg
 Hans Pollinger, Hemau
 Hans Prechter, Pfaffenhofen a. d. Ilm
 Dr. Wolfgang Rapp, Herrsching a. Ammersee
 Werner Reeh, Roßtal
 Elisabeth Regensburger, Barbing
 Ulrich Roider, Dietfurt a. d. Altmühl
 Helga Schiemann, Furth b. Landshut
 Peter Schmid, Abensberg
 Wilhelm Schmitt, Neunkirchen a. Brand
 Diethelm Schoen, Gunzenhausen a. Altmühlsee
 Franz Stephan, Dietfurt a. d. Altmühl
 Peter Sterl, Pettendorf
 Reinhard Strobel, Roßhaupten
 Manfred Thorwarth, Oettingen i. Bayern
 Gerhard Trautner, Gunzenhausen a. Altmühlsee
 Friedrich Wagner, Roßtal
 Josef Waldhier, Hemau
 Reinhard Walk, Roßhaupten
 Johann Walser, Weyarn
 Alois Wildfeuer, Kirchdorf i. Wald
 Dietmar Will, Haßfurt
 Josef Wismüller, Hemau
 Christine Zaiser, Schleching
 Klaus Zäuner, Hemau
 Rudolf Zündt, Roßhaupten

Dank gilt an dieser Stelle außerdem all jenen namentlich nicht Genannten, die bei der Vorbereitung und Durchführung der Workshops vor Ort mitgeholfen, Unterlagen erstellt oder Projekte aus ihrer Gemeinde präsentiert haben.

www.stmugv.bayern.de/umwelt/agenda

- Herausgeber: Bayerisches Staatsministerium für
Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (StMUGV)
Rosenkavalierplatz 2, 81925 München
- Internet: www.stmugv.bayern.de
- E-Mail: poststelle@stmugv.bayern.de
- Fotos: Seite 12/13: Gero Häußinger;
Seite 21: Biomasse Heizkraftwerk GmbH, Pfaffenhofen;
Seite 26: Kreisjugendring Regen; Seite 41: Silke Franke;
Seite 54/55: Geothermie Unterhaching GmbH & Co. KG;
Seite 55: Reinhold Nebauer;
alle anderen Fotos mit freundlicher Genehmigung
der vorgestellten Kommunen
- Text und
Gestaltung: Bayerisches Staatsministerium für
Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (StMUGV),
Textvorlagen wurden von den Kommunen zur Verfügung gestellt
- Druck: Druck+Verlag Ernst Vögel GmbH, Stamsried
- Stand: Juni 2008
© StMUGV, alle Rechte vorbehalten

Gedruckt auf Recyclingpapier

Diese Druckschrift wird kostenlos im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von den Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zweck der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden. Bei publizistischer Verwertung – auch von Teilen – Angabe der Quelle und Übersendung eines Belegexemplars erbeten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte sind vorbehalten. Die Broschüre wird kostenlos abgegeben, jede entgeltliche Weitergabe ist untersagt. Diese Broschüre wurde mit großer Sorgfalt zusammengestellt. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit kann dennoch nicht übernommen werden. Für die Inhalte fremder Internetangebote sind wir nicht verantwortlich.



BAYERN | DIREKT ist Ihr direkter Draht zur Bayerischen Staatsregierung. Unter Tel. 089 122220 oder per E-Mail unter direkt@bayern.de erhalten Sie Informationsmaterial und Broschüren, Auskunft zu aktuellen Themen und Internetquellen sowie Hinweise zu Behörden, zuständigen Stellen und Ansprechpartnern bei der Bayerischen Staatsregierung.